



N i e d e r s c h r i f t
über die 17. - öffentliche - Sitzung
der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das
ehrenamtliche Engagement verbessern“
am 12. Mai 2021
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

**Fortsetzung der in der 15. Sitzung am 16. April 2021 begonnenen Anhörung
gemäß beigefügtem Zeitplan (Anlage) zu den Ziffern 1 bis 3 des
Einsetzungsbeschlusses ([Drs. 18/6898](#))**

Anhörung

<i>Alzheimergesellschaft Niedersachsen</i>	<i>5</i>
<i>Industrie- und Handelskammer (IHK)</i>	<i>8</i>
<i>Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH</i>	<i>11</i>
<i>AWO Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft</i>	<i>14</i>
<i>Niedersächsischer Heimatbund</i>	<i>16</i>
<i>Landestrachtenverband Niedersachsen e. V.</i>	<i>19</i>
<i>Landessenorenrat</i>	<i>21</i>
<i>Niedersächsischer Inklusionsrat von Menschen mit Behinderungen</i>	<i>22</i>
<i>DLRG-Jugend Niedersachsen e. V.</i>	<i>24</i>
<i>AG der Evangelischen Jugend in Niedersachsen</i>	<i>27</i>
<i>Young Schura</i>	<i>30</i>
<i>„Fridays For Future“</i>	<i>33</i>
<i>LAG offene Kinder und Jugendarbeit</i>	<i>37</i>

Anwesend:**Mitglieder der Kommission:**

Mitglieder des Landtags:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD)
3. Abg. Dunja Kreiser (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
4. Abg. Ulrich Watermann (i. V. d. Abg. Kerstin Liebelt) (SPD)
5. Abg. Bernd Lynack (SPD)
6. Abg. Hanna Naber (SPD)
7. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
8. Abg. Eike Holsten (CDU)
9. Abg. Veronika Koch (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
10. Abg. Frank Oesterhelweg (CDU)
11. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
12. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
13. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
14. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP)

Externe Sachverständige:

Dr. Florian Hartleb (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Falk Hensel (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Dagmar Hohls,
André Kwiatkowski (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Insa Lienemann,
Marion Övermöhle-Mühlbach (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Jens Risse,
Prof. Dr. Joachim Winkler (per Videokonferenztechnik zugeschaltet).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,
Regierungsrat Martin,
Herr Dr. Micus (wissenschaftliche Begleitung),
Herr Deycke (wissenschaftliche Begleitung).

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer,
Gaststenograf Kampfner,
Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.15 Uhr bis 14.48 Uhr

Außerhalb der Tagesordnung:

Die **Kommission** billigte die Niederschriften über die 14. und 15. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Fortsetzung der in der 15. Sitzung am 16. April 2021 begonnenen Anhörung gemäß beigefügtem Zeitplan (Anlage) zu den Ziffern 1 bis 3 des Einsetzungsbeschlusses ([Drs. 18/6898](#))

Anhörung

Alzheimergesellschaft Niedersachsen

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 47

Teilnahme per Videokonferenztechnik:

Birgit Wolff: Vielen Dank, dass wir uns beteiligen können. Sehr gerne möchten wir die Situation der Alzheimergesellschaft Niedersachsen unter dem Stichwort „freiwilliges Engagement“ darstellen.

Nur kurz vorweg: Die Arbeit der Alzheimergesellschaft Niedersachsen wird fast ausschließlich von ehrenamtlichem Engagement getragen. Die mittlerweile 25 örtlichen Alzheimergesellschaften beschäftigen an der einen oder anderen Stelle auch eine/einen Hauptamtlichen. Aber im Grunde genommen steht und fällt die Arbeit mit dem ehrenamtlichen Engagement.

Wir haben einen relativ hohen Anteil von Menschen im Ehrenamt, die bereits das 60. Lebensjahr überschritten haben. Das heißt, der Anteil der Älteren unter den Ehrenamtlichen ist relativ hoch. Wir möchten daran etwas ändern und versuchen, dass sich auch wesentlich jüngere Menschen beteiligen. Wir wollen auch Menschen in die Arbeit einbeziehen, die nicht im Erwerbsleben stehen, die beispielsweise arbeitslos sind oder aus anderen Gründen keiner Tätigkeit nachgehen können. Wir möchten aber auch Menschen stärker einbeziehen - das ist ausdrücklich unser Wunsch -, die berufstätig sind.

Wir sehen einfach die tollen Effekte, die es gibt, wenn sich Menschen ehrenamtlich in diesem Bereich engagieren, weil das ganze Thema über alle Beteiligten auch in die Gesellschaft hineinwirkt. Uns ist es ein großes Anliegen, die Zahl der Ehrenamtlichen zu erhöhen.

Ich möchte kurz berichten, welche Aspekte von unserer Seite aus wichtig sind, damit es uns gelingt, unsere Ziele zu erreichen, also mehr Menschen für ein Ehrenamt zu gewinnen und sie zu motivieren, sich zu beteiligen.

Dazu gehört aus unserer Sicht vor allem ein Punkt - das erleben wir bei dem gesamten Thema Demenz und bei dem gesamten Thema Pflege -: Wir brauchen mehr Sichtbarkeit von ehrenamtlichem Engagement. Dazu braucht es gesellschaftlicher Wertschätzung. Die Gesellschaft muss wahrnehmen, dass es dieses hohe Engagement in diesem Bereich gibt und dass sich eine große Anzahl von Menschen schon jetzt engagiert. Wir wünschen uns, dass wir über die Wertschätzung mehr Menschen für das Ehrenamt motivieren können.

Der zweite Punkt ist - dies habe ich eben schon angedeutet -: Wir möchten gerne, dass die Berufstätigkeit besser mit ehrenamtlichem Engagement vereinbar ist. Bislang gelingt es noch nicht so gut, Menschen auch im Erwerbstätigenalter einzubeziehen. Wir wollen Männer und Frauen für das Ehrenamt motivieren, und zwar unter der Voraussetzung, dass sie ihre Berufstätigkeit gut mit ihrem ehrenamtlichen Engagement vereinbaren können. Wir brauchen Freistellungsmöglichkeiten und flexible Vereinbarkeitslösungen, um auch denjenigen, die berufstätig sind, eine Perspektive bieten zu können.

Der dritte Punkt ist, dass wir sagen: Ein Ehrenamt kann nur derjenige ausüben, der es sich auch leisten kann. - Wenn jemand beispielsweise nicht erwerbstätig ist und eine Aufwandsentschädigung erhält, die ihm das eigene Leben ein Stück weit erleichtert, dann wird es uns möglich sein, Menschen schneller zu gewinnen.

Ich erzähle Ihnen jetzt etwas, was vielleicht nicht allen bekannt ist. Im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung besteht die Möglichkeit, dass sich Menschen ehrenamtlich engagieren. An dieser Stelle können wir Menschen, denen ein bisschen Zubrot guttäte - sie sind vielleicht nicht 100-prozentig darauf angewiesen, aber dies täte ihnen schlicht gut -, unter der Voraussetzung der Zahlung einer Aufwandsentschädigung gewinnen. Das schafft wiederum Möglichkeiten, Menschen über das Ehrenamt eine Brücke zu bauen, damit sie einen Fuß in die Berufstätigkeit bekommen.

Wir sagen immer: Ein Ehrenamt muss man sich wirklich leisten können. Das ist bedauerlicherweise bei vielen Menschen, die sich ansonsten engagieren würden, nicht der Fall.

Jetzt möchte ich noch die spezielle Situation von jungen Menschen, die sich im Studium befinden, ansprechen. Wir schließen uns an dieser Stelle

der Forderung der Deutschen Alzheimergesellschaft an, an Studierende für ehrenamtliches Engagement Credit Points vergeben zu können, um ihre Motivation zu fördern. Wir würden uns das sehr wünschen, weil es dadurch gelingen könnte, dass sich auch sehr junge Menschen, die gerade am Anfang ihres Berufslebens stehen, in eine ehrenamtliche Tätigkeit einbringen. Wir meinen, es ist auch die Aufgabe des Landes, dafür einen An Schub zu geben.

Des Weiteren würden wir uns freuen, wenn es möglich wäre, dass Ehrenamtliche im Rahmen von Bildungsurlauben Kompetenzen erwerben, die zumindest bei den Alzheimergesellschaften fast eine notwendige Voraussetzung darstellen, damit sich jemand engagieren kann. Es kommt immer ein bisschen auf das jeweilige Tätigkeitsfeld an. Für den Einsatz bei einer Betreuung eines demenzkranken Menschen, für ein Entlassungsangebot für Angehörige sind bestimmte Voraussetzungen notwendig. Gerade für Berufstätige würde es eine erhebliche Erleichterung darstellen, wenn sie die entsprechenden Kompetenzen im Rahmen von Bildungsurlauben erwerben könnten.

Unser Ehrenamt funktioniert nur, wenn es auch eine hauptamtliche Unterstützung gibt. Das heißt, wir brauchen einen hauptamtlichen Rahmen. Aber den haben wir vielfach nicht. Es ist ein großes Problem, funktionierende Vorstände auf die Beine zu stellen. Gerade der Posten der oder des Vorsitzenden kann mittlerweile kaum noch ohne Probleme weitergereicht werden. Menschen scheuen sich davor. Das kann ich aus meiner eigenen Erfahrung berichten. Sie scheuen sich davor, ein solches Ehrenamt zu übernehmen, das voraussetzt, durchaus 20 Stunden in der Woche dafür aufzubringen.

Wir brauchen eine feste Finanzierungsgrundlage, um hauptamtliches Personal einsetzen zu können, damit das Ehrenamt auf guten Beinen steht.

Das sind die Punkte, die die Alzheimergesellschaft Niedersachsen gerne einbringen möchte. Ich bin sehr gespannt auf die Fragen, die es von Ihrer Seite aus dazu geben wird.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Vielen Dank, Frau Wolff, für Ihren Vortrag und für Ihre wunderbare Arbeit im Rahmen der Alzheimerhilfe. Dies ist sicherlich nicht hoch genug einzuschätzen. Jeder, der jemanden kennt, der dement ist bzw.

Alzheimer hat, weiß, was für eine umfassende, aber auch schwierige Arbeit das ist.

Ich habe zwei Fragen zu Ihrem Vortrag.

Sie haben erwähnt, man müsste Fortbildungsmöglichkeiten besser beim Bildungsurlaub anrechnen können. Demnach steht dies bislang nicht in dem Katalog für Bildungsurlaub. Welche Art von Fortbildungen könnten aus Ihrer Sicht durchgeführt werden? Dann könnten wir das als Anregung mitnehmen, um den Katalog gegebenenfalls zu erweitern.

Die zweite Frage: Sie haben gesagt, ein Wunsch sei, dass man die Arbeit im Ehrenamt bei der Vergabe von Credit Points berücksichtigt. Wie stellen Sie sich das konkret vor? Denn nach dem Hochschulrecht, nach dem Credit Points vergeben werden, ist es sicherlich nicht ganz so leicht zu sagen: Wir nehmen da ehrenamtliches Engagement auf. - Ich wäre sehr dankbar, von Ihnen zu erfahren, wie Sie sich das konkret vorstellen, welche Art von Punkte es geben und wofür man wie viele Punkte bekommen sollte.

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP): Frau Wolff, vielen Dank für Ihren Vortrag und auch für den Einsatz, den Sie tagtäglich zeigen. - Ich habe nur eine kurze Frage. Sie haben eingangs die Wertschätzung im Ehrenamt erwähnt. Könnten Sie anhand von zwei, drei konkreten Beispielen aufzeigen, wie Sie sich die Ausgestaltung von Wertschätzung auf Landesebene vorstellen?

Birgit Wolff: Danke schön für Ihre Fragen. - Ich gehe zunächst auf die Frage nach dem Bildungsurlaub ein. Wir haben für die Ehrenamtlichen ein Curriculum. Das ist eine Fortbildung, die 20 bis 40 Stunden umfasst, je nachdem, was alles aufgenommen wird. Ich kann Ihnen gerne Unterlagen zukommen lassen, wie eine solche Fortbildung aussieht, damit geprüft werden kann, was in das Gesetz aufgenommen werden müsste, damit dies anererkennungsfähig wird. - So viel zu diesem Punkt.

Dann zu dem anderen Punkt, zu den Credit Points. Die Ehrenamtlichen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, damit sie ehrenamtlich tätig werden können. Dazu gehört beispielsweise, dass das Fortbildungsangebot absolviert werden sollte. Wir könnten uns vorstellen, dass die geleisteten Stunden, die festgelegt werden, im Rahmen des Studiums anererkennungsfähig sind, damit Credit Points erreicht werden können. Ich sehe

das im Zusammenhang damit, dass auch schon vorher Kompetenzen erworben werden müssen und dass das sozusagen in einem Gesamtpaket anerkennungsfähig wird.

Mit „Wertschätzung“ haben Sie einen sehr wichtigen Punkt angesprochen. Wie kann Wertschätzung in diesem Rahmen aussehen? - Es geht darum, Menschen im häuslichen bzw. auch im stationären Bereich, also in Pflegeheimen, zu unterstützen und die Angehörigen zu entlasten. Ich habe bereits eingangs gesagt: Die Krux ist, dass dies sehr im Stillen abläuft. Die Pflege selbst und das ehrenamtliche Engagement, das auch in diesem Rahmen stattfindet, werden von der Gesellschaft nur sehr wenig wahrgenommen.

Wir sollten gerade das, was in der Pflege im häuslichen Bereich geschieht - das ist ein wichtiges Thema der Alzheimergesellschaft -, in jeder Hinsicht sichtbar machen, und zwar beispielsweise über Medien. Ich kann mir auch sehr gut vorstellen, eine Kampagne durchzuführen, damit man die Menschen sieht, die sich in diesem Bereich engagieren. Auch könnte man Ehrungen vornehmen, bei denen Ehrenamtliche im regionalen Rahmen auch namentlich erwähnt werden. Ich stelle mir so etwas auf den Ebenen Kommune bzw. Gemeinden und Land vor.

Es müsste Anregungen geben, wie Gemeinden mit dem Ehrenamt, das bei ihnen stattfindet, anders umgehen könnten. Meiner Ansicht nach ist es sehr wichtig, dass das Ehrenamt im kommunalen und im Gemeindebezug gesehen wird. Da die Menschen dort leben, müsste das dort auch gesehen und anerkannt werden. Dies kann in unterschiedlichen Formen geschehen, egal, ob man es mit Geschenken verbindet oder es in eine Kampagne einbindet. Wir bringen uns gerne ein, wenn es darum geht, dies konkreter werden zu lassen. Ich habe jetzt nur einige einzelne Aspekte angeführt.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Vielen Dank, Frau Wolff. - Ich habe eine Frage zu Ihrer Aussage bezüglich der Stärkung des Hauptamtes durch finanzielle Mittel des Landes; so habe ich es verstanden. Wir beschäftigen uns mit dem Thema, Ehrenamtliche zu gewinnen, die sich freiwillig irgendwo engagieren. Wie bekommt man Ehrenamtliche dazu, dass sie sich engagieren, wobei man im Hauptamt mehr Geld bekommt?

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Wolff, für die Informationen. - Sie haben gerade

noch etwas zum Thema Wertschätzung gesagt, was mich nachfragen lässt. Meinen Sie das mehr im Sinne von gesellschaftlicher Anerkennung, also was den Status und die Würdigung angeht, oder geht es Ihnen auch um Werbung für das Thema, weil Sie mehr Leute für Ihre Organisation, für die Arbeit gewinnen und die Organisation und die Selbsthilfearbeit auch bekannter machen wollen? Das ist ja ein gewisser Unterschied.

Insbesondere zu dem letzten Punkt würde mich interessieren: Sind Sie damit zufrieden? Können wir Ihnen dabei gegebenenfalls Hilfestellung geben? - Das Erste habe ich verstanden. Das ist ein Thema, das sehr viele Organisationen betrifft. Ich glaube, das ist auch bei uns angekommen. Aber brauchen Sie Unterstützung, was das Thema Verbreitung Ihrer Arbeit, Ihrer Botschaft im Sinne von „Wie kommen wir an Nachwuchs? Wie können wir uns noch besser vernetzen?“ betrifft?

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Vielen Dank, Frau Wolff. - Ich habe eine Frage zur Stärkung des Hauptamtes. Bezieht sich das aus Ihrer Sicht mehr auf die Stärkung in den Organisationen der Hauptamtlichkeit - sprich, hauptamtliche Geschäftsstellen zu unterhalten - oder auf die Vernetzung in regionalen Bezügen vor Ort, quasi über mehrere Organisationen verteilt? Welche Aufgaben könnten hauptamtliche Stellen Ihrer Meinung nach wahrnehmen, um ehrenamtlich Tätige zu entlasten?

Birgit Wolff: Ich bedanke mich für die Fragen. Es ist schön, mit Ihnen genauer auf diese Themen schauen zu können.

Zunächst zur Wertschätzung: Ich sehe durchaus, dass es um beide Aspekte geht. Meine Erfahrung ist: Wenn das Ehrenamt in der Gesellschaft mehr Würdigung erfährt und durch Würdigung und Wertschätzung auch sichtbar wird, dann können wir Menschen viel besser für das Ehrenamt gewinnen, weil sie sich dann auch ein Stück weit darin wiederfinden können.

Ich denke, dass dies alles unmittelbar miteinander zusammenhängt. Auf der einen Seite muss die Ehrenamtlichkeit gewürdigt werden. Auf der anderen Seite muss sichtbar werden, dass Menschen mit dem, was sie tun, gesellschaftlich anerkannt werden. Auf diese Weise würde es uns einfacher gelingen, Menschen für diese Arbeit zu motivieren.

Ich habe ein großes Interesse hinsichtlich der Frage, wie Sie uns unterstützen können, wenn es darum geht, Ehrenamtliche zu gewinnen. Das ist für uns eine riesige Aufgabe. Wir haben manches Mal den Eindruck, es gelingt uns ganz gut, Menschen zu erreichen. Aber ich habe eingangs auch gesagt: Wir haben Probleme, Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen zu bekommen. Wenn andere Rahmenbedingungen möglich wären, um ehrenamtlich tätig zu werden, könnte man damit besser werben, beispielsweise wenn es flexiblere Arbeitsmöglichkeiten seitens der Arbeitgeber oder Freistellungsmöglichkeiten für bestimmte Situationen gäbe. Auch das würde uns sehr helfen, neue Ehrenamtliche zu finden. Da greift das eine in das andere.

Zu der Frage nach dem Hauptamt: Sie haben zu Recht dargestellt, dass es durchaus ein Spannungsfeld zwischen Hauptamtlichkeit und Ehrenamtlichkeit gibt. Das erleben auch wir. Meine Erfahrung ist: Für ein Ehrenamt - gerade dann, wenn es um die persönliche Betreuung, um die persönliche Unterstützung, aber auch um ein kontinuierliches Ehrenamt geht - ist es ganz wichtig, dass das hauptamtlich unterstützt wird. Das läuft nicht von selbst. Es braucht ganz viel, damit sich Menschen kontinuierlich betätigen und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Das ist nicht immer nur Friede, Freude, Eierkuchen. Es müssen auch mal Konflikte gelöst werden. Immer wieder müssen bestimmte Dinge geregelt werden.

Mit dem Stichwort „Geschäftsstelle“ haben Sie einen wichtigen Punkt genannt. Wir brauchen eine Geschäftsstelle, die das Ehrenamt unterstützt und uns die sehr formalen Aufgaben, die sich uns stellen, ein Stück weit abnimmt, sodass ehrenamtliches Engagement auch im Vorstand ohne Weiteres möglich ist. Ich muss sagen, dass das Ehrenamt bei uns überfrachtet ist. Wir Vorstände haben viel zu viele Aufgaben. Dafür brauchen wir eine Geschäftsstelle, die uns auch bestimmte Formen von Netzwerkarbeit, die Sie angesprochen haben, abnimmt und die uns bei der Ausübung unterstützt. Auf diese Weise muss eine gewisse Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit stattfinden.

Industrie- und Handelskammer (IHK)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 36

Teilnahme per Videokonferenztechnik:

Uwe Goebel: Ich vertrete in diesem Jahr die sieben Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen. In unseren Kammern sind rund 500 000 Betriebe über die Pflichtmitgliedschaft Mitglied. Die Themen der Industrie- und Handelskammern sind Ihnen bekannt.

Wir haben in unseren sieben Kammern lediglich rund 670 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen Sie typischerweise Hauptgeschäftsführer und fachliche Mitarbeitende kennen. Das ist der kleinere Teil unseres gesamten Netzwerks. Insgesamt haben wir in Niedersachsen rund 22 000 Ehrenamtsträgerinnen und -träger. Mein Präsidentenamt ist vollständig ein Ehrenamt. Das ist für unsere Organisation fundamental.

Wenn man den Begriff „Ehrenamt“ in der Öffentlichkeit hört - insofern finde ich die Enquetekommission ganz ausgezeichnet -, denkt man häufig an gemeinnützige Vereinen, Sportvereine, Schachvereine, Musikvereine und an die Pflege. Bei uns in der Wirtschaft gibt es Ehrenamt, das Wirtschaftsehrenamt, genauso.

Ich möchte Ihnen fünf Beispiele nennen, was wir mit unseren Ehrenämtern leisten.

Erstes Beispiel: In den Vollversammlungen - das sind unsere Parlamente; ich wurde von unserer Vollversammlung gewählt - sind 520 Unternehmerinnen und Unternehmer, die das auch ehrenamtlich machen. Ich spare mir jetzt das Wort „Ehrenamt“. Die machen das freiwillig. Niemand wird dazu gezwungen. Sie tragen die Positionen und Stellungnahmen aus ihrer Welt des Unternehmertums, ihrer Arbeitgebersicht bzw. ihrer Sicht als Mitglieder der Gesellschaft vor.

Zweites Beispiel - da sind es dann schon ein paar mehr Leute -: In der Welt der Industrie- und Handelskammern gibt es sogenannte Regional- und Fachausschüsse. In Osnabrück gibt es einen Ausschuss Region Osnabrück, einen Ausschuss für Energie und Umwelt, einen Ausschuss für Kreditwirtschaft, einen für Tourismus, für Handel usw. Dort werden fachlich spezifische Themen - Regionalität, Handel und Tourismus - besprochen. Auch wird das eine oder andere zu Corona vorgetragen. Die Themen werden in den Ausschüssen von Ehrenamtlichen besprochen. Das

Hauptamt übernimmt die dokumentierende und koordinierende Aufgabe.

Weitere hundert Leute aus unserer Region wirken beim DIHK, also auf Berliner Ebene, mit. Sie vertreten dort die Interessen der Region bzw. des entsprechenden Faches.

Die größte Gruppe unserer Ehrenämter sind die Prüferinnen und Prüfer in der Aus- und Weiterbildung. Auch sie machen das ehrenamtlich. Niemand wird von seinem Betrieb verpflichtet. Das sind natürlich fachlich und menschlich geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es wird aber nicht gesagt: Du gehst jetzt da hin und prüfst. - Das tun diese Menschen freiwillig und gerne, weil sie sagen: Wir prüfen gerne. Wir finden es toll, uns mit jungen Leuten und Menschen, die sich einer Prüfung, einer Fort- und Ausbildung unterziehen, zusammenzusetzen und den Wissensstand abzufragen. - Fast 16 000 Leute tun dies in Niedersachsen. Mit diesen Prüferinnen und Prüfern nehmen wir 44 000 Prüfungen ab. Das funktioniert effizient, praxisnah und kostengünstig und ist aus der Sicht der Unternehmen praktisch. Das ist eine eingespielte Organisation; das ist Ehrenamt.

Des Weiteren haben wir knapp 1 000 IHK-Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter. Sie gehen in Betriebe, vor allem aber auch in Schulen, um jungen Leuten eine praxisnahe Berufsorientierung zu geben. Sie bieten an: Was könnt ihr lernen? Was könnt ihr nach der Schule machen? - Sie zeigen Perspektiven abseits des Studiums auf, beispielsweise über eine betriebliche Ausbildung, eine Lehre im klassischen Sinn, oder die duale Ausbildung.

200 Leute - das ist eine kleine Gruppe; aber auch sie ist wichtig - sind von den IHKs ernannte ehrenamtliche Handels- und Finanzrichter. Für das ehrenamtliche Handelsrichtertum ist Justizministerin Havliza die oberste Zuständige.

Dann sind noch 1 700 Ehrenamtliche in an die IHK-Organisation angedockten Gruppen tätig wie Wirtschaftsjuvenen, IHK-Arbeitskreise und IHK-Beiräte.

Sie alle bringen ihre Praxiserfahrung mit. Sie kommen aus der Wirtschaft und machen das freiwillig. Sie entlasten den öffentlichen Haushalt, wenn man so will. Das sind ja öffentlich relevante Prüfungen.

In Anlehnung an das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz gibt es eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 7 Euro pro Stunde. Ganz anders, als man es sonst aus der Wirtschaft kennt, sage ich: Belassen wir es dabei! Das Ganze passiert nicht mit Blick auf Finanzen. Wir werden das auch nie mit dem Mindestlohn vergleichen. Lassen wir das so! Das ist eher eine Geste. Dabei kann es aus der Sicht unserer ehrenamtlichen Organisation bleiben.

Ich als Präsident bekomme keine Entschädigung, sondern die Entschädigung wird lediglich in den Prüferunden bezahlt. Auch die Mitglieder anderer Gremien erhalten keine Entschädigung, um da keine Missverständnisse aufkommen zu lassen. Es geht wirklich nicht um Geld. Es reichen die Geste und die Wertschätzung.

Die Betriebe regeln das Ganze mit den Prüferinnen und Prüfern auf einer Freihandbasis. Die meisten Betriebe, die ich kenne, zahlen den Lohn weiter, wenn jemand sagt: Ich nehme von 16 bis 17 Uhr eine Prüfung ab, oder ich bin einen Tag bei der IHK zum Prüfen. - Für andere ist das möglicherweise unbezahlte Arbeitszeit. Aber wegen der Entschädigung macht das niemand, sondern die Menschen machen das freiwillig und gerne.

Ich möchte gerne das Signal herüberbringen, dass wir diesbezüglich keine Forderung an die Politik stellen. Wir freuen uns, dass das ein so gut eingespieltes System ist. Uns ist wichtig, dass man die ehrenamtlich Tätigen im Bereich des IHK-Wesens, das ich Ihnen an verschiedenen Beispielen geschildert habe, in die Wahrnehmung aufnimmt und ihnen Wertschätzung zukommen lässt. Uns ist daran gelegen, dass unsere IHK-Ehrenämter in der Politik gesehen werden. Im Einzelfall habe ich da überhaupt keine Bedenken.

Für die fast 25 000 Menschen in Niedersachsen, die sich im Übrigen ehrenamtlich für die Wirtschaft, für die Abstimmung zwischen der Politik und der Verwaltung engagieren, ist es wichtig, Sichtbarkeit zu erzeugen.

Noch ein letztes Beispiel: Wir haben vor mehr als anderthalb Jahren, deutlich vor Corona, eine Veranstaltung in der Stadthalle in Osnabrück durchgeführt, zu der wir alle Prüferinnen und Prüfer unserer Kammer eingeladen haben. Von insgesamt über 3 000 Leuten sind etwa 1 000 gekommen. Sie haben sich sehr darüber gefreut, dass wir sie einmal ans Licht gebracht haben.

Ich glaube, in diesem Sinne könnten wir gemeinsam - Landtag, Politik und IHK - zusammenarbeiten, um Sichtbarkeit und Wertschätzung zu erreichen. Alles andere brauchen wir nicht.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Goebel, für den gewohnt faktenreichen Vortrag. - Wir haben beeindruckende Zahlen gehört. Das ist in der Politik bekannt. Ich glaube, dass wir durch unsere Arbeit die Sichtbarkeit noch ein Stück weit unterstützen können. Deswegen ist es eine große Hilfe, dass Sie das vorgetragen haben.

Ich erlaube mir zwei Fragen. Erstens. Viele andere vom Ehrenamt getragene Organisationen stellen die Nachwuchsgewinnung für das Ehrenamt als Problem dar. Dabei geht es insbesondere auch um die Frage der Vereinbarkeit. Ich denke, die meisten, die in der Wirtschaft aktiv sind, sind insbesondere zeitlich nicht gerade wenig eingespannt. Wie funktioniert das? Denn der Eindruck insgesamt ist, dass sich hier gesellschaftlich doch reichlich verändert hat.

Die zweite Frage geht in eine andere Richtung und betrifft das Corporate Volunteering. Inwiefern sehen Sie Möglichkeiten, die Wirtschaft noch stärker als Partner zu betrachten, um mehr in Richtung amerikanische Kultur zu kommen, dass auch aus der Wirtschaft stärkere Impulse für gesellschaftliches Engagement kommen? Wie könnte das gegebenenfalls durch die Politik angereizt bzw. unterstützt werden? In Bezug auf soziale Kompetenzen in der Mitarbeiterschaft machen Unternehmen durchaus sehr gute Erfahrungen damit.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Vielen Dank, Herr Goebel, für Ihren Vortrag. Das ist sehr interessant, wie Herr Bajus es schon gesagt hat. - Mich interessiert zu erfahren, wie groß der hauptamtliche Apparat ist, der insbesondere auch den Einsatz der vielen Ehrenamtlichen in den Betrieben und in den Schulen - das haben Sie sehr eindrucksvoll geschildert - unterstützt. Kommen die Ehrenamtlichen mehr aus dem Bereich des Managements der jeweiligen Betriebe, oder engagieren sich auch Menschen aus den Arbeiter- und Angestelltenbereichen im Ehrenamt für Ihre Organisation?

Uwe Goebel: Lieber Herr Bajus, zunächst zum Nachwuchs: Die Menschen, die zur IHK kommen, sind sehr intrinsisch motiviert, sodass wir im Moment keine Nachwuchsprobleme haben. Nachwuchs meine ich im Sinne von, dass wir Gremien

nicht besetzen können und dass wir nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber für die Plätze in der Vollversammlung haben. Auch findet sich immer noch jemand, den man ansprechen kann, um in das Präsidium zu gehen oder als Präsidentin bzw. Präsident tätig zu werden, wobei das schon zu einer immensen zeitlichen Belastung führt.

Nun zu dem Begriff „Corporate Volunteering“ und der Frage, wie wir es eigentlich schaffen, die Mitarbeit in der IHK so zu weiten, dass wir insgesamt zu etwas kommen, was im Lebenslauf auch erwartet wird. - Heutzutage reicht es nicht, dass junge Leute nur in der Schule waren und für ihre Noten gebüffelt haben. Wir fragen dann: Wo hast du Nachhilfe gegeben? Wo hast du dich neben deinem Schul- oder Studienleben sozial, ökologisch oder wirtschaftlich engagiert? - Ich finde es total wichtig, dass man so etwas macht.

Ich glaube, für die Ökologie brauchen wir keine Lanze zu brechen. Die jungen Leute, die da tätig werden wollen, sind schon auf dem Trip; das kann man nur begrüßen.

Im sozialen Bereich ist es, wie ich mir vorstellen kann, wirklich nicht einfach. Ich würde jeder Organisation zunicken, die sagt: Wir haben es schwierig.

Bezüglich der jungen Leute in der Wirtschaft - da gebe ich Ihnen recht - müssen wir sicherlich noch etwas tun. Es gibt die Wirtschaftsjunoren. Das schließt an die Frage von Herrn Lynack an. Das sind junge Leute, die aus einem Anstellungsverhältnis kommen. Industrie, Handel und Dienstleistung sind mit dabei. Sie sind häufig selbstständig und können durchaus in einer Führungsposition, aber auch in einem Anstellungsverhältnis sein.

Ich fasse es einmal so zusammen, Herr Bajus:

Erste Frage: Beim Nachwuchs haben wir im Moment - toi, toi, toi! - kein Problem.

Zweite Frage: Corporate Volunteering fasse ich einmal ein bisschen weiter. Es wäre schön, wenn wir in die Schulen gehen und sagen könnten: Liebe Schülerinnen und Schüler, es gibt nicht nur Ökologie und Soziales, sondern es gibt auch Engagement in der Wirtschaft.

Da müssen wir uns allerdings auch an die eigene Nase fassen und sagen: Einen direkten häufigen Austausch mit Schülerinnen und Schülern haben wir eher nur hinsichtlich der Thematik Berufsori-

entierung. Unternehmensplanspiele, die mit der IHK organisiert werden, wären vielleicht ein kluger Anreiz. Vielleicht greifen wir das einmal auf, Herr Bajus, um uns bei diesem Thema weiter zu unterhalten.

Herr Lynack, Sie haben gefragt, wie Haupt- und Ehrenamt zustande kommen. - Unsere Kammer in Osnabrück hat ungefähr 90 bis 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie organisieren alles mit etwa 3 500 bis 4 000 Ehrenamtlichen.

Im Ehrenamt, in der Vollversammlung und im Präsidium sind Unternehmerinnen und Unternehmer, absolute Führungskräfte, die fast immer in der ersten, selten in der zweiten Ebene ihres Unternehmens eine Rolle spielen. Das können auch Angestellte sein; das ist klar. Die IHK-Organisation ist im Wesentlichen die Vertreterin des inhaber- bzw. familiengeführten Mittelstands. Alle anderen sind eher im BDI organisiert, nicht in der IHK-Welt.

Die Prüferinnen und Prüfer hingegen sind Leute wie du und ich, die eine Meisterprüfung, eine Befähigung zur Ausbilderin bzw. zum Ausbilder und auch zur Prüferin bzw. zum Prüfer haben. Das Gleiche gilt für Handelsrichterinnen und Handelsrichter. Die kommen wirklich aus der Mitte der Mitarbeiterschaft, der Arbeitnehmerschaft. Das macht das Miteinander so unglaublich wertvoll.

André Kwiatkowski: Sehr geehrter Herr Goebel, vielen Dank für den sehr interessanten Vortrag. - Erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung, gepaart mit einer Frage, weil ich selbst in zwei Prüfungsausschüssen sitze. Die Prüfungsausschüsse sind zu einem Drittel mit Lehrkräften der berufsbildenden Schule besetzt. Ich möchte unterstreichen, wie viel für die Wertschätzung des Ehrenamts getan wird, gerade auch in meinem IHK-Bezirk Lüneburg-Wolfsburg. Ich denke beispielsweise an das Sommerfest etc. Ich denke aber auch an den gesamten Fortbildungsbereich, in dem mustergültig Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Prüferinnen und Prüfer gut vorbereitet sind.

Jetzt komme ich zu meiner kleinen Anmerkung, nämlich zu den Rahmenbedingungen hinsichtlich des Freistellens der Prüferinnen und Prüfer. Für ein Drittel des Prüfungsausschusses, nämlich für die Lehrkräfte, funktioniert das sehr gut. Wir hören aber, dass es diesbezüglich an anderen Stellen immer wieder Probleme gibt. Mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass dies in Ihrem Bereich, sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitneh-

merseite, in den Prüfungsausschüssen ganz hervorragend funktioniert. Die Unternehmen leisten da einen riesigen Beitrag insofern, als sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freistellen. Diese Konstellation, diese Rahmenbedingungen machen es möglich, dass wir da gemeinsam so erfolgreich arbeiten können. Lassen Sie uns da so weiterarbeiten!

Uwe Goebel: Herr Kwiatkowski, ich bin sehr dankbar, dass Sie das Berufsschulwesen und die Lehrkräfte erwähnen und ausdrücklich ansprechen. Ohne die natürliche Partnerschaft zwischen allen diesen Beteiligten würde das Ganze nicht funktionieren. Wir haben in den Schulen ein Gastrecht für das Durchführen der Prüfungen; das funktioniert ausgezeichnet. Sie haben völlig recht: Dieser Part gehört auf jeden Fall dazu und funktioniert auch gut.

Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH

Teilnahme per Videokonferenztechnik:

- **Britta Marie Habenicht**
- **Ingmar Utecht**

*Die Ausführungen basierten auf einer Präsentation. Einige der Darstellungen sind in den Text der Niederschrift eingebunden. Im Übrigen ist die Präsentation dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt.*

Britta Marie Habenicht: Ich bin Ehrenamtskoordinatorin in der Lebenshilfe. Mit dabei ist Ingmar Utecht, der in der Werkstatt der Lebenshilfe arbeitet.

Bei uns in der Behindertenhilfe geht es beim Thema Ehrenamt immer um zwei Seiten.

Das ist zum einen das klassische Ehrenamt für Menschen mit Behinderungen. Bürgerinnen und Bürger aus der Stadt und dem Landkreis engagieren sich in der Lebenshilfe. Sie unternehmen vor allem im Freizeitbereich etwas mit Menschen mit Behinderungen, teilen vielleicht ein Hobby gemeinsam. Im Moment ist das hauptsächlich Spazierengehen. Vor Corona waren das noch viele andere Aktivitäten. Das wird hoffentlich irgendwann wieder möglich sein. Bei uns in der Lebenshilfe Lüneburg-Harburg engagieren sich derzeit etwa 120 Menschen.

Zum anderen ist das das Ehrenamt von Menschen mit Behinderungen. Wir unterstützen das vor allen Dingen dann, wenn dies außerhalb der Lebenshilfe stattfindet, beispielsweise in Vereinen, Organisationen usw. Vor Corona haben wir etwa 40 Personen im Ehrenamt unterstützt.

Wir wollen heute vor allem über das Ehrenamt von Menschen mit Behinderungen reden. Diese Position wird sonst eher nicht dargestellt.

Ingmar verteilt Medaillen beim Volkslauf. Das ist ein großes Laufevent, bei dem auch eine Gruppe von Ehrenamtlichen aktiv ist. Das sehen wir gleich noch auf Bildern. Das ist eine Form von Gruppenengagement. Wir unterstützen einzelne Menschen mit Behinderungen, die sich engagieren, aber auch Gruppen.

Ich habe Ihnen in der PowerPoint-Präsentation einige Bilder als Eindruck mitgebracht.



Diese Bilder zeigen das Engagement im Naturschutz. Das ist eine Gruppe von Menschen mit und ohne Behinderungen, die gemeinsam mehrmals im Jahr in das Biosphärenreservat fährt.

Dort wurde beispielsweise eine Benjeshecke, also eine Totholzhecke, angelegt.



Hier wird in dem Naturschutzprojekt ein Blühstreifen angelegt.

Auf diesem Bild sehen Sie eine Mitbewohnerin von Ingmar aus dem Wohnhaus, die mit einem Hund aus dem Tierheim Gassi geht.



Jemand ist als Begleitung dabei. Beim Ehrenamt kann es erforderlich sein, dass man eine Form von Assistenz braucht, manchmal nur am Anfang, manchmal aber auch durchgängig. Das kommt immer auf die jeweilige Person an.

Auch auf dem nächsten Bild sehen Sie jemanden mit einem Hund Gassi gehen, allerdings ohne Begleitung.



Jetzt kommen wir zu dem Volkslauf, bei dem Ingmar mitmacht. Ehrenamtliche schenken Getränke für die Sportlerinnen und Sportler aus.



Auf dem nächsten Bild sehen wir die Medaillenvergabe. Da ist Ingmar dabei. Jede Läuferin und jeder Läufer bekommt eine Medaille.



Auf diesem Bild sehen Sie alle, die die Medaillen verteilt haben. Ingmar macht es Spaß zu helfen. Er fragt mich immer wieder, wann er das nach Corona wieder machen kann. Ihn nervt es, dass das nicht stattfindet.

Warum finden wir das Ehrenamt gerade von Menschen mit Behinderungen besonders wichtig? - Uns geht es beim Thema Inklusion darum, dass Begegnung stattfindet. Inklusion ist ein abstrakter Begriff. Das Ziel kann nie erreicht werden. Aber es geht darum, sich auf den Weg zu machen. Das funktioniert über persönliche Kontakte. Menschen mit Behinderungen sind im Alltag von vielen Menschen ohne Behinderungen oftmals nicht präsent.

Ein Ehrenamt bietet eine ganz wunderbare Möglichkeit, in Kontakt zu kommen und gemeinsam tätig zu werden. Menschen mit Behinderungen können sich einsetzen, selbst aktiv werden und ihre Rolle verändern nach dem Motto: vom Hilfeempfänger zum Hilfegebenden.

Ich hoffe, Sie haben ein bisschen einen Eindruck bekommen, wie Ehrenamt aussehen kann. Man kann sehen, dass Ehrenamt Unterstützung braucht. Es braucht Strukturen, die ein Ehrenamt wie z. B. das von Ingmar überhaupt erst möglich machen. In diesem Zusammenhang ist auch die Behindertenhilfe gefordert. Von dieser Seite gibt es schon Unterstützung.

Aber auch auf der Seite der Ehrenamtsstrukturen ist es wichtig, dass Inklusion mitgedacht wird. Inklusion bedeutet nicht nur bauliche Maßnahmen. Es ist wichtig, dass alle Menschen Zugang haben und dass Gebärdensprache ermöglicht wird. Leichte Sprache ist ebenfalls ein großes Thema. Speziell unser Anliegen ist, auch Menschen mit geistigen Behinderungen und Lernschwierigkeiten im Blick zu haben.

Es gibt einen Assistenzleistungsfonds für Ehrenamtliche, bei dem die Zugangsbeschränkungen

relativ streng sind. Davon werden nicht alle Menschen umfasst, die eine Assistenz benötigen könnten.

Wir arbeiten eng mit der Freiwilligenagentur zusammen. Ich bin in einem bundesweiten Projekt der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, der bagfa, zum Thema Inklusion tätig gewesen. Freiwilligenagenturen sind ein ganz wichtiger struktureller Ort für Ehrenamt. Dabei muss das Thema Inklusion von Anfang an mitgedacht werden. Dafür gibt es in Niedersachsen bereits eine finanzielle Förderung; das ist super.

Man könnte ein Modellprojekt starten, wenn man das Thema Inklusion nicht gleich überall abdecken kann. Vielleicht bewerben sich Freiwilligenagenturen, machen bei einem Modellprojekt Inklusion mit, treten vor Ort mit der Behindertenhilfe in Kontakt und schauen, was baulich nötig ist und wie Organisationen dazu bewegt werden können, auch Ehrenamtliche mit Behinderungen aufzunehmen. Oft bedarf es vieler Gespräche und Kontaktaufnahmen.

Da ich aus der Praxis komme, habe ich praktische Ideen mitgebracht. Wenn bei der Öffentlichkeitsarbeit zum Ehrenamt etwas gemacht wird, müssen auch Menschen mit Behinderungen berücksichtigt und sichtbar gemacht werden, neben anderen Menschen, die sich engagieren, beispielsweise „People of Color“ usw. Menschen mit Behinderungen sind in Niedersachsen schon sehr gut unterwegs und können auch als Vorbilder für andere gelten.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): ihr Vortrag war so umfassend, dass anscheinend keine Fragen offengeblieben sind. Ich darf mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken.

AWO Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 45

Teilnahme per Videokonferenztechnik:

Antje Mutz: Ich möchte mich ganz herzlich dafür bedanken, dass wir heute unsere Anliegen vortragen können.

Ich komme von der AWO Niedersachsen. Wir vertreten drei Bezirksverbände, nämlich Braunschweig, Hannover und Weser-Ems. Die Bezirks-

verbände sind Träger von über 300 sozialen Einrichtungen. Grundlage unserer Arbeit ist das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Dabei ist die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit ein tragendes Element. Ohne freiwillige Arbeit könnten wir viele Dienstleistungen nicht anbieten.

Uns ist wichtig - wir arbeiten auch mit vielen Hauptamtlichen -, dass die Ehrenamtlichen nicht die Hauptamtlichen ersetzen sollen, sondern dass sie ein zusätzliches Angebot darstellen.

Ich spreche heute hauptsächlich für die Altenhilfe, in der es auch viele Ehrenamtliche gibt. Ich habe jetzt nicht die konkreten Zahlen mitgebracht; sie schwanken immer und sind auch von der Größe der Einrichtung abhängig. Dort sind jeweils zwischen 10 und 15 Ehrenamtliche aktiv.

Unsere Ehrenamtlichen sind überwiegend im mittleren, aber auch im höheren Alter und oft auch schon im Ruhestand. Jüngere Ehrenamtliche sind beispielsweise Schülerinnen und Schüler, die über Schulprojekte oder kirchliche Jugendarbeit zu uns kommen. Wir finden es ganz besonders toll, dass wir auch geflüchteten Menschen die Möglichkeit geben können, sich bei uns zu engagieren.

Coronabedingt haben aktuell auch wir das Problem der Kontaktbeschränkungen. Digitale Angebote konnten wir oft nicht umsetzen, weil unsere hauptamtlich Beschäftigten sehr stark in die Bewältigung der Corona-Krise eingebunden waren. Wir versuchen natürlich, den Kontakt zu allen unseren Ehrenamtlichen zu halten. Aber wir haben die Befürchtung, dass uns Ehrenamtliche verloren gehen.

Ich möchte Ihnen aufzeigen, was das Ehrenamt bei uns ausmacht. Über das Ehrenamt können wir hauptsächlich unsere Betreuungs- und Beschäftigungsangebote viel attraktiver, umfangreicher und bunter gestalten, sei es über kulturelle Angebote, Tanzveranstaltungen oder sei es, dass wir mit unseren Betreuten gärtnern und handwerklich tätig werden. Das alles sind Angebote, die der Betreuungsdienst regulär nicht vorhalten kann.

Bei Veranstaltungen sind wir immer auf Unterstützung angewiesen, sei es bei der Vorbereitung, durch Beiträge für die Veranstaltung oder hinsichtlich der Möglichkeit, dass alle unsere Bewohner, unsere Kunden daran teilnehmen können, und zwar durch persönliche Assistenz und Unterstützung.

Ehrenamt bietet auch immer die Chance, die Isolation in den Einrichtungen aufzuheben und uns in den Quartieren zu vernetzen und zu verankern.

Ich habe unsere Einrichtungen vorab ein bisschen um Input gebeten. In diesem Zusammenhang wurde mir mitgeteilt, dass inzwischen auch junge Leute oft zu uns kommen, weil sie nicht mehr die Möglichkeit haben, zu ihren Großeltern zu fahren. Das ist gerade bei Menschen mit Migrationshintergrund der Fall. Sie vermissen die Großfamilien und den Kontakt zu den Großeltern. Das können sie in unseren Einrichtungen wiederfinden. Dadurch werden Hemmungen gegenüber älteren und kranken Menschen abgebaut. Gerade über diese Projekte und auch über die Möglichkeit, ein Freiwilliges Soziales Jahr bei uns zu machen, können wir viele junge Menschen für den Pflegeberuf begeistern. Sie gehen dann bei uns in die Ausbildung.

Für geflüchtete Menschen besteht zudem die Möglichkeit, die deutsche Sprache besser zu erlernen, um sich zu integrieren.

Wir haben in unserem Bereich immer eine hohe Arbeitsbelastung. Nichtsdestotrotz wollen wir anbieten, auch Ehrenamtliche einzubeziehen. Das bedeutet aber für die Hauptamtlichen einen hohen Aufwand. Ehrenamtliche müssen zunächst einmal gewonnen und dann in den Einrichtungen begleitet werden. Die Altenhilfe ist ein anspruchsvolles Arbeitsfeld. Man kann dort nicht einfach so ein Ehrenamt ausüben. Man braucht Einarbeitung, die regelmäßige Möglichkeit zu reflektieren sowie Unterstützung und Fortbildung. Dies alles muss über die Hauptamtlichen bewerkstelligt werden.

Da wir sehr viele ältere Ehrenamtliche haben, müssen wir oft schauen, ob sie das Ehrenamt überhaupt noch ausüben können oder ob wir individuelle Anpassungen vornehmen müssen.

Bei uns ist die Refinanzierung gar nicht so das Problem. Wir können Teile auch über den Pflege-satz verhandeln und beantragen. Uns ist vielmehr wichtig, dass sich die Einrichtungsleitungen ganz klar dazu positionieren: Wir machen Ehrenamt und stellen den Hauptamtlichen Freiräume zur Verfügung, um das Ganze zu begleiten, zu organisieren und zu managen.

Wir wünschen uns eine Verjüngung des Ehrenamts. Es ist eine große Bereicherung, wenn junge Leute in unsere Einrichtungen kommen. Wir

brauchen sehr niedrigschwellige Möglichkeiten, um sich für ein Ehrenamt zu bewerben. So könnte man die Digitalisierung in Form von Apps nutzen. Dafür gibt es schon Einzellösungen. Wir wünschen uns, dass sie noch viel breiter gestreut und den Jugendlichen über Informationskampagnen bekannt gemacht werden. Man muss ganz niedrigschwellig schauen können, welche Ehrenamtsmöglichkeiten angeboten werden und wie man sich - quasi per Klick - einbringen kann.

Wir haben für uns reflektiert: Natürlich müssen auch wir unsere Angebote „verjüngen“. Dabei geht es nicht darum, Bingo oder Kegeln anzubieten, sondern wir stellen uns digitalisierte, interaktive Beschäftigungsmöglichkeiten vor, also solche Dinge, die Jugendliche begeistern und für die sie zu uns in die Einrichtungen kommen würden.

Aus unserer Sicht sind Informationen sehr wichtig. Oft fehlt Interessierten ein Überblick: Wie wird Ehrenamt finanziert? Welche Möglichkeiten gibt es? Muss ich selbst für die Kosten aufkommen, oder bezahlen das die Einrichtungen? - Das würden wir uns wünschen.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Frau Mutz, Sie haben gerade auch das Thema Nachwuchs angesprochen. Mich interessiert, wie wir da mehr in Richtung Diversität erfolgreich sein können, wie wir nicht nur die klassischen Zielgruppen erreichen, sondern eine größere Vielfalt abbilden können. Damit meine ich insbesondere auch Menschen, die aus benachteiligten Strukturen kommen, die finanzschwächer sind und womöglich sozialstrukturelle Benachteiligungen erfahren. Vielleicht haben Sie Vorschläge oder Erfahrungen, die Sie mit uns teilen wollen.

Antje Mutz: Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich habe das auch in meiner Tätigkeit immer versucht. Wir haben junge Menschen beispielsweise über Schulen zu uns bekommen. Sie haben gesagt: Ich habe jetzt nicht mehr so das Interesse an Schule und würde gerne ein Freiwilliges Jahr machen.

Man darf nicht vergessen: Solche Einrichtungen bieten auch immer ganz viel Halt. Es entsteht so etwas wie eine kleine Ersatzfamilie. Das kann den jungen Menschen oft helfen, auf einen Weg zu kommen, auf dem eine Zukunft für sie offen ist.

Ich wünsche mir, dass es viele Informationen zum Freiwilligen Sozialen Jahr gibt. Das FSJ gibt es jetzt auch in der Pflege, wofür man als junger

Mensch sogar eine kleine Vergütung bekommt. Das Ganze muss aber noch viel weiter gestreut und auch angenommen werden.

Niedersächsischer Heimatbund

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 58

Paloma Klages: Ich verlese heute einen Extrakt meiner Stellungnahme für die Heimatpflege. Die ganze Stellungnahme ist Ihnen gestern durch den NHB zugesandt worden.

Ich bin Ortsheimatpflegerin von Groß Escherde, Kreisheimatpflegerin des Landkreises Hildesheim und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Heimatbundes im Landkreis Hildesheim.

Was ist Heimat? - Auf diese Frage erhalten wir Antworten analog der Anzahl der Gefragten. Jeder interpretiert die inneren Empfindungen, dieses Gefühl „Heimat“ ganz individuell, verknüpft sie mit Sinneseindrücken und Erlebtem und verbindet dies oft mit einem geografischen Bezug, mit einem Ort oder einer Gegend, von Menschen aktiv gestaltet, bestenfalls zwischen Tradition und Innovation.

Die Vielschichtigkeit des Lebensumfeldes zeigt die Bandbreite der Heimatpflege: Natur und Umwelt, Kulturlandschaften, Geschichte in allen Facetten - von der Besiedlung einer Gegend über die Strukturen und Genealogie im Ort -, Archäologie, Bau- und Denkmalpflege, Regional- und Minderheitensprachen - in Niedersachsen sind das Niederdeutsch und Saterfriesisch - sowie Mundarten, Traditionen, Sitten und Bräuche, die teilweise als immaterielles Kulturerbe gelten. Dazu gehören aber auch andere Bereiche zur Pflege des Lebensumfeldes und Gemeinwohls wie Innenentwicklung, Naherholung und touristische Erschließung. Heimat ist vielfältig und interdisziplinär.

Die Menschen, die sich in diesen und noch vielen weiteren Bereichen engagieren, sind Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger. Sie arbeiten meist ehrenamtlich in einem Ort und/oder sind in Heimatvereinen engagiert.

In einigen Regionen Niedersachsens gibt es auf kommunaler Ebene - teils satzungsgemäß, teils pauschal per Ratsbeschluss - beauftragte Ortsheimatpflegerinnen und -pfleger und zum Teil auch Gemeindeheimatpflegerinnen und -pfleger.

In manchen Orten wird eine Aufwandsentschädigung gezahlt. Das ist ziemlich uneinheitlich, bei uns im Landkreis Hildesheim von 0 bis 205 Euro pro Monat. Ebenso uneinheitlich ist die Amtszeit, nämlich von einer Wahlperiode bis unbefristet.

Vor allem in Südniedersachsen gibt es analog zu den Ortsheimatpflegerinnen und -pflegern in Landkreisen satzungsgemäße Kreisheimatpflegerinnen und -pfleger.

So bunt wie die selbst gesteckten Aufgaben der Heimatpflegerinnen und -pfleger sind die Strukturen, Ziele und Zwecke ihrer Organisationen. Auf örtlicher Ebene gibt es Heimat-, Kultur- und Bürgervereine, teils mit unterschiedlichen Namen. Manche legen den Namen „Heimatverein“ gerade ab.

In Teilen Niedersachsens gibt es regionale Heimatbünde mehrerer Vereine. Sie sind aber nicht institutionell gebunden, sondern eigenständig.

Landesweit kümmert sich der Niedersächsische Heimatbund als institutioneller Vertreter und Dachverband um rund 200 Vereine, Kreisheimatbünde, Verbände, Vereinigungen, Initiativen, Landschaftsverbände und Landesverbände. Außerdem gehören dem NHB über 30 niedersächsische Landkreise und kreisfreie Städte sowie über 70 Städte und Gemeinden, wissenschaftliche Institute und andere Einrichtungen an. Details zu der Organisationsstruktur finden Sie in unserer schriftlichen Stellungnahme.

Hinsichtlich der demografiebedingten Situation in den Vereinen könnte ich mich jetzt nur wiederholen. Auch in der Heimatpflege ist das Ganze Best-Ager-lastig.

Die Bereitschaft, ein Ehrenamt anzunehmen, nimmt stetig ab. Bei Eltern mit jüngeren Kindern stellt sich auch das Problem der nicht bedarfsgerechten Betreuung. Gleiches gilt für Ehrenamtliche, die behinderte Kinder und/oder zu pflegende Angehörige betreuen.

Heimatpflegerinnen und -pfleger haben die unterschiedlichsten beruflichen Hintergründe. Nicht jeder hat eine professionelle Ausbildung in einem Teilbereich der Heimatpflege. Jeder bildet sich nach seinen Aufgaben, Forschungs- und Tätigkeitsschwerpunkten fort. Sie sind bereit, sich in ihrer Freizeit mittels Fachliteratur und durch Fortbildungen weiteres Wissen anzueignen, was, statt als Bildungsurlaub zu gelten, oft eigene Urlaubstage und eigene finanzielle Mittel erfordert. Hier-

bei könnte durch neue steuerliche Regelungen sicherlich teilweise ein Ausgleich gefunden werden.

Dennoch kann das Hauptamt vom Ehrenamt profitieren, was sich auch die Heimatpflege vom Hauptamt wünscht, vor allem bei einer unbürokratischen Zusammenarbeit bei Anfragen und Nachfragen. Die Heimatpflege kann das Hauptamt durch Zuarbeit entlasten und beraten, wenn sie in Prozesse und Entscheidungsfindungen einbezogen wird, beispielsweise bei Ratssitzungen und anderen Gremien, die in diesen Kompetenzbereich fallen.

Maßnahmen zur innerörtlichen Entwicklung, Schaffung und Erhaltung von Ortsbildprägenden Maßnahmen sowie die Teilnahme an wichtigen Wettbewerben wie „Unser Dorf hat Zukunft“ sind Heimatpflege.

Sollten Ehrenamtliche bereit sein, diese oder ähnliche Aufgaben oder ein Amt zu übernehmen, was dem Gemeinwohl zugutekommt, so braucht es nicht nur Anerkennung, sondern auch Unterstützung, zum einen persönlich und individuell wie z. B. steuerliche Entlastungen für Ehrenamtliche, Boni wie freie Tage und eine Überarbeitung der Kriterien für anerkannten Bildungsurlaub. Eine Kilometerpauschale für ehrenamtlich geleistete Fahrten im Privatfahrzeug könnten steuerliche Berücksichtigung finden, gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen.

Generell bedarf es der Unterstützung: Vernetzungen z. B. zu Schulen, die dadurch auf das Heimatexpertenwissen zurückgreifen können, wenn die Region fächerübergreifend im Unterricht thematisiert wird. Da kann sich eine Zusammenarbeit von der Grund- bis zur Berufsschule ergeben, zeitunabhängig nutzbare Informationen zum Lehren und Lernen, z. B. der Aufbau eines niedersächsischen Heimatnetzes, eine digitale Plattform, von zentraler Stelle aus organisiert und redaktionell betreut.

Zudem müssen regionale und landesweite Verbandsstrukturen gestärkt, Landesverbände wie der NHB, Landschaften und Landschaftsverbände als Fachberatungsstellen ausgestattet und in Förderentscheidungen des Landes eingebunden werden. Hierbei sind vor allem personelle Aufstockungen notwendig, wodurch Koordinatorenfunktionen besser umgesetzt werden können, um regional und landesweit gezielt und ressourcenschonend unterstützen zu können.

Förderverfahren müssen vereinfacht werden. Es können einheitliche allgemeingültige Kulturförderrichtlinien geschaffen werden und darin ehrenamtliche Leistungen als valorisierte Eigenleistungen anerkannt werden.

Unter Landesbeteiligung können kommunale Kulturfonds eingerichtet werden, z. B. mit einem Sockelbetrag plus Aufstockung nach Einwohnerzahl. Die Verwaltung und die Vergabe können passend zum Kulturangebot in der jeweiligen Gemeinde durch eine Jury aus Rat und Ehrenamt in Abstimmung mit der Verwaltung erfolgen. So können Förderungen kurzfristig und ohne Hürden ermöglicht werden.

Was braucht die ehrenamtliche Heimatpflege? - Schaffung kommunaler Leitlinien für die Heimatpflege, Stärkung von Vernetzungsstrukturen - digital und analog -, Stärkung materieller Förderungen mit z. B. pauschalisierten Hilfen wie kommunalen Kulturförderfonds und Investitionsförderung für kleine Kultureinrichtungen, Förderung der Digitalisierung - Netzausbau, Hard- und Software für Einrichtungen der Heimatpflege - sowie Vereinfachung und Harmonisierung von Förderrichtlinien.

Ein Aspekt, der mich und auch viele andere Ehrenamtliche, auch in ganz anderen Tätigkeitsfeldern, stört, ist die Tendenz, professionell Tätigen eine höhere Wertigkeit zusprechen zu müssen. Nur weil eine Vortragende bzw. ein Vortragender ein Honorar berechnet, ist sie bzw. er nicht höherwertig oder qualitativ besser.

Ehrenamtliche in der Heimatpflege handeln aus ihrer inneren Überzeugung heraus, wenn sie z. B. fast vergessenes Heimatwissen bewahren und auch tradieren, um andere, Alt- und Neubürger, zu unterstützen und etwas zu schaffen wie regionale Verbundenheit, oder nennen wir es Heimatliebe.

Heimatspflegerinnen und Heimatspfleger halten nicht starr und einfarbig an der Vergangenheit fest, sondern sind bereit zu erklären, warum wann was mit welchen Auswirkungen geschehen ist. Sie verbinden die Vergangenheit eines Ortes, einer Region mit der Gegenwart und schaffen ein Bewusstsein dafür. Warum? - Damit zukunftsfähig für die folgenden Generationen gehandelt werden kann.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Als bekennendes Mitglied eines Heimatvereins danke ich Ihnen, Frau Klages, für Ihren Vortrag. Man kann

Ihre Arbeit ganz sicher nicht hoch genug einschätzen.

Sie haben während Ihres Vortrags nach meiner Wortmeldung schon ein paar Punkte angesprochen, die ich platzieren wollte. Insofern doppelt sich das jetzt vielleicht. Ich will sie trotzdem gerne ansprechen.

Sie haben die Zusammenarbeit mit Schulen angesprochen. Ich finde dies sehr wichtig. Die Frage ist: Erleben Sie dort eine Abwehrhaltung von der Schule als Institution? Wie ist der Zuspruch der jüngeren Menschen zum Thema Heimatpflege vor Ort?

Dann habe ich noch eine Frage zum Denkmalschutz. Sie machen vor Ort viele gute Dinge, an denen auch der Denkmalschutz beteiligt ist. Haben Sie den Wunsch, mit den Denkmalschutzbehörden noch besser zusammenzuarbeiten? Denn Sie halten sich ja oftmals in ähnlichen Themenfeldern auf, gerade wenn es um die Sanierung von historischen Gebäuden geht. Davon kann ich in meiner Gemeinde ein Lied singen.

Sie haben die Vereinfachung von Förderprogrammen angesprochen. Erleben Sie es, dass Förderprogramme gar nicht direkt auf Sie abzielen, sondern dass Sie den Umweg über Gebietskörperschaften gehen müssen, weil Sie Programme vielleicht gar nicht in Anspruch nehmen dürfen? Wenn das der Fall ist, wären Beispiele und Vorschläge, wie wir das Ganze überarbeiten können, sehr hilfreich. Ich denke beispielsweise an das LEADER-Programm, bei dem ich schon erlebt habe, dass mein Heimatverein auf mich zugekommen ist, die Gemeinde möge einen Antrag stellen, weil der Verein dies nicht kann.

Paloma Klages: Zu den Schulen: Sie sind mittlerweile verpflichtet, die jeweilige Region in der dritten und/oder vierten Klasse fächerübergreifend im Unterricht zu thematisieren. Das finde ich ganz toll. Andere Länder haben noch Heimatkunde und nennen das auch so. In Niedersachsen heißt dieses Fach nicht mehr so.

Die Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger ziehen ihre Angebote langsam zurück, weil Schulen - nicht alle, aber in der Tendenz ist das so - sagen, sie hätten dafür keine Zeit mehr. Im Moment darf ohnehin kein Externer die Schulen betreten. An einzelnen Schulen funktioniert das gut, und zwar dort, wo die Heimatpflege auf die Schulen zugeht oder wo bereits eine Verbindung besteht.

Schülerinnen und Schüler haben kein Problem damit, dieses Thema anzunehmen. Man nennt das ja auch nicht Heimatpflege. Ein Beispiel: In einer Hauptschule habe ich gesagt, dass ich Kreisheimatpflegerin bin. Daraufhin hat jemand gesagt: Oh, cool, meine Oma ist auch in Pflege.

(Heiterkeit)

Wie verbinden wir „Heimat“ und „Pflege“? Was „Heimat“ ist, habe ich eingangs gesagt: Lebensumfeld. - Pflege? Man muss nicht unbedingt „daran kümmern“ sagen. Man arbeitet an bestimmten Fragestellungen, je nach Altersstufe und Fach, mit den Kindern zu diesem Thema. Das funktioniert eigentlich ganz gut. Nur fehlen die Zeit und vielleicht auch der Wille.

Das Ganze ist sehr vielfältig. Man kann wunderbar mit Berufsschulen zusammenarbeiten. Man kann mit angehenden Köchinnen und Köchen über regionale Rezepte und Zutaten sprechen. Daraus können ganz wunderbare Kooperationen entstehen. Man kann Grundschulkindern Straßennamen erklären. So kann das Ganze anfangen. Daraus kann sich ein Bezug zur Heimat entwickeln.

Ich bin Kreisheimatpflegerin geworden, weil mein Grundschullehrer gute Arbeit geleistet hat. Wir haben archäologische Ausgrabungsstätten und Ruinen besucht. Wir haben Weinbergschnecken gezüchtet. Dieses Thema ist wirklich sehr vielfältig.

Der Denkmalschutz ist ein sehr breites Thema. Denkmalschutz bezieht sich nicht nur auf Gebäude, sondern auch auf Bodendenkmäler. Was eine Heimatpflegerin bzw. ein Heimatpfleger bearbeitet, ist jeder bzw. jedem selbst überlassen, weil es keine klar definierten Vorgaben gibt.

Es gibt Kooperationen mit den Landesdenkmal- und den unteren Denkmalschutzbehörden. Aber ich denke, sie sind ausbaufähig. Gerade bei innerörtlichen Bebauungen wissen Ortsheimatpflegerinnen und -pfleger oft, was vorher dort gestanden hat und was die Archäologen erwartet, wenn sie mit ihren Grabungen beginnen.

Zu den Förderanträgen: Kleine Vereine, die rein ehrenamtlich tätig sind, haben gar nicht die Manpower, Anträge auszufüllen. Wenn man für 500 Euro 27 Seiten ausfüllen muss, stellt sich die Frage, wer das überhaupt macht.

Landestrachtenverband Niedersachsen e. V.*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 42*

Manuela Kretschmer: Ich bin froh, dass ich heute hier sein und Ihnen persönlich ein paar Punkte aus unserer schriftlichen Stellungnahme darlegen kann.

Frau Klages hat mir sehr aus dem Herzen gesprochen. Wir sind ordentliches Mitglied im NHB und haben an der einen oder anderen Stelle große Überschneidungen, auch im Hinblick auf die Bürokratie, was die Förderthematik betrifft. Wir arbeiten sehr eng und vernetzt zusammen.

Wir bemerken im Landestrachtenverband über die letzten Jahre hinweg einen zunehmenden Mitgliederschwund. Das liegt auch daran, dass unsere Gruppen überaltern. Unsere Mitglieder, die deutlich über 60 und 70 Jahre sind, haben im vergangenen Jahr gesagt: Wenn wir wieder tanzen und zusammenkommen können, werden wir unser Hobby sicherlich nicht mehr in der Form ausüben können, wie wir es vorher gemacht haben. - Einige Gruppen haben sich zum Auflösen entschlossen und sich darauf verständigt, in einer losen Verbindung zu bleiben. Das ist ein sehr schmerzlicher Prozess, nicht nur für die Gruppen, sondern auch für uns als Landesverband.

Wir beobachten, dass sich viele Jugendliche nicht mehr so gerne fest an eine Gruppe binden möchten. Sie haben einen anderen Freizeitaspekt. Bei uns liegt der Schwerpunkt auf der Erhaltung und dem Bewahren von Volkstanz und Tracht. Das wird in den Jugendgruppen mit vielen Aktivitäten sehr schön gemacht, flankiert von unserem Jugendausschuss. Das Bewahren und das Weitergeben ist neben dem Spaßfaktor eine ganz wichtige und förderliche Sache.

Wir versuchen immer einmal wieder, mit Schulen zusammenzuarbeiten und unseren Mitgliedsgruppen über eine Nachmittagsbetreuung für ihr Hobby eine Plattform zu geben. In manchen Schulen gelingt uns das. In anderen Schulen ist es eher schwierig, Fuß zu fassen. Viele unserer Ehrenamtlichen in den Gruppen haben ein Hauptamt und sind auch von 14 bis 17 Uhr tätig. Insofern können sie nicht als Tanzleitung in der Nachmittagsbetreuung in der Schule agieren. Das ist eine schwierige Situation.

Damit bin ich auch schon bei dem Kern unserer Thematik. Ehrenamt ist eben die Ehre eines Amtes. Das machen wir alle gerne. Der gesamte

Landesverband ist ehrenamtlich strukturiert. Es gibt keine hauptamtliche Kraft.

Die Arbeit in meinem Vorstand - ich habe Ihnen das auch in der schriftlichen Stellungnahme dargestellt - findet in den Abendstunden und am Wochenende statt.

Wir haben uns in einer Gruppe im Verband mit der Thematik auseinandergesetzt: Was bedeutet Tracht? Woher kommt sie? Was will sie mir sagen? Warum trage ich heute schwarze geschlossene und keine bunten Bänder? - Das ist die Trauerhaube, die ich heute aus einem bestimmten Anlass trage. Heutzutage kann nicht mehr jeder die Tracht lesen. Wir haben uns damit auseinandergesetzt: Warum ist das so? Welche Hintergründe hat das? - Das war vor zehn Jahren mein ureigenster Anspruch.

Was mache ich heute? - Heute setze ich mich mit Förderanträgen auseinander. Heute muss ich mich mit der GEMA befassen. Wir haben vorgestern einen Vortrag von der GEMA für unsere Mitgliedsgruppen gehört, damit sie überhaupt wissen, wie sie an diese Sache herangehen sollen. Vor Kurzem habe ich Post bekommen und mich mit dem Transparenzregister auseinandersetzen müssen. Des Weiteren sind Steuerangelegenheiten zu erledigen. Ferner muss ich mich darum kümmern, dass der Landesverband überhaupt langfristig Fördermittel bekommt.

Die Aufgaben, die wir im Vorstand haben, entsprechen eher der Schlüsselqualifikation eines Unternehmers. Auch mein Vorstand benötigt ein bisschen Führung. Wir alle machen das gerne und auch toll. Aber da braucht es Strukturen, die uns helfen, langfristig und gesichert zu planen.

Wir sind Motivatoren, wir sind Mediatoren, und wir sind Inspiratoren. Wir müssen uns mit rechtlichen Belangen auseinandersetzen. Dies wird, ohne von einem Hauptamt flankiert, immer schwieriger, gerade auch im Rechtsbereich. Wenn eine Gruppe eine rechtliche Thematik hat, soll sie an uns als Landesverband herantreten.

Für mich ist es die originäre Aufgabe, dem Bildungsanspruch gerecht zu werden und zu sagen: Ich möchte das Lesen einer Tracht vermitteln und dies an die folgenden Generationen weitergeben. - So gut wie wir kann das kein Museum machen. In einem Museum ist die Tracht in einer Vitrine ausgestellt. Bei mir kann man sie auch einmal anfassen. Auch darf man meine Haube auf-

setzen. Man darf ausprobieren, wie es sich überhaupt anfühlt, eine Tracht zu tragen.

Wir sehen einen großen Schwerpunkt unserer Aufgaben darin, unsere Mitgliedsgruppen zu stärken, die Mitglieder auszubilden, sie an die Hand zu nehmen und sie zu motivieren. Das ist der motivierende Aspekt.

Wir sind auch dafür da, dass sie finanziell einigermaßen ausgestattet sind und dass sie uns ansprechen können, wie ein Förderantrag mit 27 Seiten ausgefüllt wird. Wenn wir unsere Veranstaltungen durchführen, stelle ich nicht nur einen Förderantrag, sondern dann stelle ich fünf oder sechs Förderanträge. Sie sind auch noch derart unterschiedlich, dass ich für jeden Förderantrag eine separate Abrechnung anfertigen muss. Irgendwann wird es sehr mühsam.

Da schließt sich letztlich der Kreis derjenigen, die sich im Ehrenamt überhaupt noch engagieren. Das alles ist sehr mühsam und mit sehr viel Eigeninitiative nach der eigentlichen Arbeit, mit viel Herzblut und Einsatz verbunden. Dabei geht viel Zeit für die Familie verloren, weil schlicht die Zeit aufgeteilt werden muss. Das ist eine unheimlich große Doppelbelastung.

Wer bei uns im Verband eine Position hat, ist nicht nur im Landesverband, sondern auch noch in der Feuerwehr, in der Kommunalpolitik aktiv oder ist Tanzleiter einer Gruppe. Mit dieser Schwierigkeit haben wir gerade zu kämpfen.

Unser Wunsch ist, die Landesverbände grundsätzlich auch finanziell so aufzustellen und abzusichern, dass sie nach unten durchreichen, nach unten wirken können und sich nicht mehr ganz so viele Gedanken über die Fragen machen müssen: Welcher Fördertopf passt wozu? Kann ich bei Quelle A anfragen und einen Förderantrag stellen, oder schließe ich damit die Fördermöglichkeit B aus? - Aus unserer Perspektive wären da eine Vereinheitlichung und eine Vereinfachung sehr hilfreich.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Auch Ihnen, Frau Kretschmer, vielen Dank für Ihren Vortrag. - Ich habe keine Frage, sondern möchte einen Dank aussprechen, und zwar erstens dafür, dass Sie diese Arbeit verrichten, und zweitens dafür, dass Sie den Fokus Ihrer Hinweise darauf gelegt haben, dass die überbordende Bürokratie jemanden daran hindert, einfach nur ein wunderbares Ehrenamt auszuführen. Diesen Appell möchte ich

gerne unterstreichen. Ich ermuntere Sie dazu: Wenn Sie konkrete Beispiele haben, was man ändern könnte, reichen Sie die bitte ein! Eines meiner Kernanliegen ist, genau da aktiv zu werden.

Manuela Kretschmer: Das mache ich sehr gerne.

Insa Lienemann: Liebe Manuela, du hast in einem kleinen Satz vom Jugendausschuss und gleichzeitig davon gesprochen, dass ihr einen Mitgliederschwund habt. Als Mitglied der LKJ weiß ich, dass ihr in euren Bereichen ein sehr gutes Modell für die Partizipation von Jugendlichen habt. In diesem Zusammenhang interessiert mich: Wie entwickelt sich gerade der Jugendausschuss, der bei euch ein Verbandsorgan ist?

Ich war einmal bei einer Mitgliederversammlung mit 150 Trachtenträgerinnen und -trägern. Ich war damals sehr davon beeindruckt, wie ihr eure Jugendarbeit aufstellt. Ist diese Entwicklung weiter positiv zu sehen, oder gibt es auch da gerade Schwierigkeiten?

Manuela Kretschmer: Der Jugendausschuss ist sehr rührig. Er hat im letzten Jahr einen großen Prozess durchlaufen. Er hat im Jahr 2016 mit ungefähr 20 Jugendlichen unterschiedlicher Altersstruktur begonnen. Die mussten dann nach und nach berufsbedingt einen Ortswechsel vollziehen. Eine Jugendliche ist nach Freiburg gezogen. Eine andere hat in Hessen angefangen zu studieren. Dann wird es in der Arbeit vor Ort natürlich schwierig. Sie haben keine gemeinsamen Termine mehr gefunden. Aufgrund der räumlichen Distanz wird das Ganze schwierig. Sie haben sich jetzt deutlich verschlankt und arbeiten noch mit fünf hoch ambitionierten jungen Menschen im engen Kreis, den auch ich persönlich ganz eng betreue, weil ich das sehr wichtig finde. Darüber hinaus können sie auf einen erweiterten Kreis zurückgreifen.

Da passiert ganz viel. Sie haben für den Tag der Niedersachsen sehr viele Ideen, was sie machen möchten. Sie warten darauf, dass wir uns wieder treffen und wieder tanzen können.

Erst Anfang der Woche haben wir auf den Weg gebracht, dass sich unsere Ehrenamtlichen aus dem Jugendpflegebereich schneller impfen lassen können und dass wir die Gruppen mit einem Hygienekonzept stützen, damit sie ihre Jugendar-

beit im Freien fortsetzen können. Da geht schon einiges.

Nichtsdestotrotz müssen wir die Jugendlichen da abholen, wo sie gerade stehen. Sie stehen, wenn sie in die Schule gehen, nicht zwangsläufig auf Volkstanz und Tracht.

Landesseniorenrat

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 44

Horst-Dieter Dörr: Ich bin Mitglied im erweiterten Vorstand des Landesseniorenrates und von ihm autorisiert worden, die Senioren hier zu vertreten. Mittlerweile haben wir in Niedersachsen 235 Seniorenbeiräte vor Ort.

Vielen Dank, dass ich an dieser Stelle die Angelegenheiten des Landesseniorenrates vertreten darf.

Der erste Vorschlag des Landesseniorenrates, den er schon mehrfach an anderer Stelle vorgebracht hat, lautet: Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz sollte vorsehen, dass es für Kommunen verpflichtend ist, Seniorenbeiräte zu bilden. - Die bisherige Situation erlaubt es den Kommunen, Seniorenbeiräte zuzulassen und ihre Einbindung in die Kommunalpolitik zu ermöglichen - oder eben auch nicht.

Der wachsende Anteil älterer Menschen, die in ihrer überwiegenden Anzahl bereit und in der Lage sind, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen aktiv in den Dienst unserer Gesellschaft zu stellen, ist beachtlich und wird weiter steigen.

Senioren, die sich in örtlichen Beiräten organisieren wollen, brauchen eine rechtlich verbindliche Basis für ihr Handeln, genau wie die sie tragenden Kommunen.

Zweitens. Die rechtsverbindliche Einbindung in die niedersächsische Kommunalverfassung sollte dann zwingend vorsehen, dass die Seniorenbeiräte als kooptierte Mitglieder in den Ausschüssen der Stadt- und Kreisparlamente vertreten sind. Dies hieße dann für den entsandten Beirat Rede- und Antragsrecht, aber kein Stimmrecht, was völlig nachvollziehbar ist.

Meine Verbesserungswünsche in den Nrn. 3 und 4 meiner schriftlichen Stellungnahme - Mitnutzung von Fahrzeugpools der jeweiligen Gemeinden

und der Vorschlag nach einer Vereinheitlichung des Ehrenamtspasses, verbunden mit einer gewissen Großzügigkeit bei der Nutzung z. B. des öffentlichen Personennahverkehrs - brauche ich nicht näher auszuführen. Sie sind auch als Vorschläge zu verstehen, die dem Ehrenamt allgemein von Nutzen sein können.

Ein ganz wesentlicher Wunsch bzw. Vorschlag ist, dass wir gerne einen Tag des Ehrenamtes etablieren würden, der in Form einer Messe oder einer Leistungsschau an wechselnden Standorten in Niedersachsen stattfinden könnte. Da eine solche Veranstaltung viele Planungen, Logistik usw. erfordert, kann dies nur in einem größeren zeitlichen Abstand erfolgen und durchgeführt werden. Denkbar wäre ein zweijähriger Rhythmus.

Ein Event dieser Art könnte als Wochenendveranstaltung aufgezoogen und sollte beispielsweise durch Sie, die Damen und Herren Landespolitiker, gern auch ergänzt um Vertreter der Exekutive, begleitet werden.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Stadt Nordhorn - dort bin ich Seniorenbeiratsvorsitzender - in Kooperation mit ihrem örtlichen Seniorenbeirat und mit Unterstützung des Landtagsabgeordneten Thomas Brüninghoff gern bereit wäre, eine Pilotveranstaltung zum Tag des Ehrenamtes durchzuführen. - An dieser Stelle hatte ich Beifall eingepplant.

(Heiterkeit)

Der sechste und letzte Punkt ist eher eine Präambel, die jeder Einzelne, der ein Ehrenamt ausübt, seinem Handeln voranstellen sollte: Ehrenamt sollte etwas sein und bleiben, was der Einzelne gerne und aus Überzeugung für die Gesellschaft leisten möchte.

Abg. Rainer Fredemann (CDU): Vielen Dank, Herr Dörr. - Ich habe eine Frage zu den verpflichtenden Seniorenbeiräten. Ich nehme jetzt einmal die Gegenposition ein und sage: Unsere Orts- und Stadträte sind überaltert. Im Grunde genommen sind genug Senioren in der Kommunalpolitik, in den Parlamenten tätig, sodass man sagen könnte, ein extra Seniorenbeirat sei nicht nötig. Warum halten Sie ihn trotzdem für nötig?

Horst-Dieter Dörr: Diese Argumentation höre ich sehr oft. Das ist aber nichts Tolles. Eigentlich müssten die Stadt- und Kreisparlamente jünger sein.

Ich bin 72 Jahre alt. Ich hätte sicherlich die Möglichkeit, in unserer Kommune in der Kommunalpolitik mitzumischen. Ich tue dies aber nicht, weil ich denke, das ist die Aufgabe der Jüngeren, derjenigen, die aktiv im Beruf stehen.

Warum sollte es Seniorenbeiräte geben? - Weil ich glaube, dass wir Senioren eine ganze Menge unterstützend machen können. Außerdem sind wir - das ist das Entscheidende - parteipolitisch unabhängig. Selbstverständlich haben wir eine Meinung. Wir sind auch politisch unterwegs, aber nicht parteipolitisch.

Ich glaube, Herr Brüninghoff kann bestätigen, dass wir gute Beziehungen zu den unterschiedlichen Parteien pflegen. Wir schieben da auch einige Dinge an. Ich sage für mich persönlich: Ich rede nur mit Parteien, die ganz eindeutig auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Bei einigen Parteien, die auch in diesem Hause vertreten sind, habe ich da meine Zweifel. Das darf ich sagen, wenn ich als Seniorenbeirat unterwegs bin, aber nicht, wenn ich parteipolitisch unterwegs bin.

Wir üben eine ganze Menge an Tätigkeiten aus. Bei uns in Nordhorn haben wir einen Schwerpunkt auf die Wohnberatung und auf die Schaffung von Wohnraum für Ältere gelegt. Ich glaube, dass wir besser darüber reden können als manch anderer.

Wir haben das Glück, noch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu haben. Sie hat uns seit dem Jahr 2018 in ihren Geschäftsräumen ein Büro eingerichtet. Dort können wir interessierte Damen und Herren beraten. Dies führte auch dazu, dass wir bei den Baubesprechungen zu den letzten drei Neubauten der Wohnungsbaugesellschaft von Anfang an dabei waren. Wir konnten die Punkte, die speziell Ältere betreffen, einbringen.

Niedersächsischer Inklusionsrat von Menschen mit Behinderungen

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 38

Monika Nölting: Ich möchte mich zunächst einmal ganz besonders bei Frau Naber bedanken, die dafür gesorgt hat, dass ich heute an dieser Anhörung teilnehmen kann.

Ich habe mir erlaubt, mit Schreiben vom 28. Februar 2021 etwas zu den Rahmenbedingungen bei

der Ausübung von Ehrenämtern auszuführen. Ich möchte noch auf ein, zwei Punkte eingehen.

Aus der Sicht des Inklusionsrates ist das Thema Zeit ein Schwerpunkt. Dies müsste im Ehrenamt berücksichtigt werden. Dabei geht es weniger darum, nicht genug Zeit zu haben, sondern es geht um die Vereinnahmung, die im Ehrenamt wie selbstverständlich betrieben wird.

Sobald sich jemand bereit erklärt, ehrenamtlich tätig zu werden, vertraut man darauf, dass mindestens die gleichen Arbeitszeiten wie bei Hauptamtlichen aufgebracht werden, dass das gleiche Wissen vorhanden ist und dass eigene technischen Ausstattungen vorhanden sind, genutzt und aufgerüstet werden.

Es gibt niemanden, der Recherchearbeiten abnimmt. Es gibt kaum jemanden, an den man delegieren kann, um zu entlasten.

Ich persönlich bin einmal angetreten - ich hatte zu der damaligen Zeit keine Möglichkeit, arbeiten zu dürfen -, um mich einerseits halbwegs akzeptieren zu können und um andererseits am Ersten des Monats meine EU-Rente nicht immer mit demselben schlechten Gewissen im Empfang zu nehmen. So arbeite ich seit dem Jahr 2000 ehrenamtlich. Mein Stundeneinsatz ist von anfänglich drei bis vier Stunden je Woche auf mehr als eine Vollzeitstelle angewachsen, vor allem zu Zeiten, zu denen andere schon längst im Bett liegen.

Ich will mich nicht beschweren, sondern nur aufzeigen: Es gibt keine Supervision, und es ist nicht einfach, berechnete Ansprüche im Hinblick auf Druckerpatronen, Papier etc. zu erhalten.

Was gerade bei Menschen mit Behinderungen vergessen wird und noch nicht klar ist: Unsere Bedarfe, um ein solches Amt ausführen zu können, sind noch einmal andere, nämlich Mobilität und Assistenz.

Vom Bund gibt es ein Förderprogramm zur Digitalisierung in der Selbsthilfe. Auch da sind wir als Beiräte wieder einmal nicht drin, weil wir keiner Vereinigung angehören, um unsere Unabhängigkeit aufrechterhalten zu können.

Ein weiterer Punkt ist die Ungleichbehandlung. Eine Gleichstellungsbeauftragte ist in § 8 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes verankert und wird angestellt. Der Niedersächsische Inklusionsrat feierte vor wenigen Tagen sein 25-jähriges Bestehen. Eine der Forde-

rungen von damals war die Gleichstellung der Behindertenbeiräte und -beauftragten, beispielsweise mit den Gleichstellungsbeauftragten. Das ist heute, 25 Jahre später, noch immer unsere Forderung. Wir brauchen das, um das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz in den Kommunen vor Ort umzusetzen. Wie soll eine beratende Funktion erfolgen, wenn die Beiräte in vielen Ausschüssen zwar eventuell beratend dabei sind, zumeist jedoch nicht immer ein Rede-recht haben?

Ein Beispiel: In einer Stadt sollte eine Resolution zur Abschaffung der Förderschulen beim Land eingereicht werden. Die Resolution wurde aus dem Schulausschuss in den Verwaltungsausschuss verwiesen und geändert und sollte im Rat verabschiedet werden. Seitens des Behindertenbeirates gab es keine Möglichkeit, hierauf Einfluss zu nehmen. Die vorsitzende Person hat sich dafür eine Rüge eingehandelt. Es sollte verhindert werden, dass sich die Stadt blamiert, weil Dinge aus der UN-Konvention inhaltlich falsch dargestellt wurden. Das macht unzufrieden.

Wie vereinbart sich der Auftrag, die Verwaltung und den Kreistag zu beraten, aber gleichzeitig kein Rede- und Stimmrecht zu haben? - Dazu haben wir die Petition „Kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragte in das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz aufnehmen“ im Dezember 2020 an den Landtag übermittelt. Dabei ist es uns wichtig, unabhängig von Haupt- oder Ehrenamt wirksam tätig sein zu können.

Wie bereits in unserer Stellungnahme ausgeführt, haben wir keine Möglichkeit, Anträge bei Aktion Mensch oder als Selbsthilfegruppe bei Krankenkassen zu stellen, um Veranstaltungen auf den Weg zu bringen, Telefon- und Internetkosten zu begleichen und Arbeitsmittel anzuschaffen, wie dies Verbände, Vereine und Selbsthilfegruppen tun können. Insofern bringen die ehrenamtlichen Mitglieder der Behindertenbeiräte und -beauftragten neben ihrer Zeit und ihrer Kraft auch noch ihre privaten Materialien mit, nutzen ihre privaten Autos und bezahlen die Fahrtkosten, um ihre Ämter wahrnehmen zu können. Sie haben unter Pandemiebedingungen sogar die Tests und den Mundschutz aus eigener Tasche finanzieren müssen.

Der letzte Punkt, den ich noch aufgreifen möchte, ist die Richtlinie über die Gewährung von Leistungen aus dem Landesfonds für blinde Menschen in besonderen Lebenssituationen und aus

dem Assistenzfonds für ehrenamtlich tätige Menschen in leitenden Funktionen und Gremien.

Nicht alle Menschen, die Assistenz benötigen, haben einen Schwerbehindertenausweis, weil dies nicht immer von Vorteil ist, wenn es um das Thema Arbeit geht, weil man sich nicht mit der Behinderung auseinandergesetzt hat und/oder sich nicht schwerbehindert fühlt, wenn man unter dem Grad der Behinderung von 50 eingestuft ist und anderweitig einen Ausgleich bekommt, beispielsweise bei dem Grad der Behinderung von 30.

Für den Assistenzfonds ist die Tatsache, keinen Schwerbehindertenausweis zu haben, ein Ausschlusskriterium. Nur Menschen mit einem Grad der Behinderung von 100 und nur die vorsitzenden Personen haben einen Anspruch auf Leistungen aus diesem Fonds.

In einem Beirat leisten zwischen 10 bis 20 Mitglieder oft Unglaubliches. Jede und jeder bringt sich so ein, wie es geht. Bei Landkreisen sind die Aufgaben entsprechend vielfältig. Ich selbst kann aus meiner Arbeit sagen: Ich wäre beschämt, wenn ich als Vorsitzende etwas erhalten würde und die anderen nichts.

Mehr als die Hälfte der Mitglieder in unserem Beirat leistet Ähnliches, und sie sind genauso behindert. Aber ohne sie könnte ich die Beiratsarbeit alleine nicht meistern.

Obwohl ich zwei Beiräte - Stadt und Landkreis - leite, Sprecherin im Niedersächsischen Inklusionsrat und Mitglied im Landesbehindertenbeirat bin sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen des Landes arbeite, falle ich nicht unter die entsprechende Richtlinie, weil ich vom Landkreisbeirat 175 Euro Aufwandsentschädigung erhalte.

Da die Situation so ungleich ist, verwende ich die Entschädigung auch dafür, dass die Mitglieder des Beirats arbeiten können. Zudem versuche ich, die Not in Bezug auf Fahrtkosten und fehlende Arbeitsmaterialien zu lindern.

Ein ganz aktuelles praktisches Beispiel, wie es auch anders gehen kann: Gestern hat der Finanzausschuss des Landkreises Northeim beschlossen, die Belange von Menschen mit Behinderungen insofern wertzuschätzen, als die Vorsitzende und die beiden Stellvertreter, aber auch jedes Mitglied einen bestimmten Betrag erhalten werden. Natürlich muss das noch durch den

Kreistag. Aber da das Votum einstimmig war, bin ich sehr zuversichtlich.

Das klingt wie Betteln, und genau das möchten wir nicht. Wir wollen unser vorhandenes Wissen gleichberechtigt und selbstverständlich einbringen dürfen. Unsere Expertise, die man uns mehrfach bestätigt, hilft bei Entscheidungsfindungen.

Ich bleibe dabei: Wir müssen uns zuerst über die Gleichstellung und die gleiche Behandlung unterhalten. Erst danach werden wir uns auch über eine Verjüngung unterhalten können.

Ich fasse zusammen: Die Pandemie hat deutlich gezeigt, dass Menschen mit Behinderungen zu Beginn vergessen wurden. Wir alle müssen jetzt aufpassen, die Sichtbarkeit nicht wieder zu verlieren. Vielen Menschen ist es wegen der Strahlung nicht möglich, technische Geräte zu nutzen. Sie verursacht bei einigen Personen unsagbare Schmerzen. Oder sie benötigen Sprachcomputer, um zu schreiben und etwas zu lesen.

Ehrenamt kostenlos, aber nicht umsonst. Das darf nicht dazu führen, dass ich mein privates Equipment mitbringen muss, um arbeitsfähig zu sein. Vorwürfe in diese Richtung erleben wir bei den Mitgliedern des Beirats täglich. Auch als Sprecherin des Niedersächsischen Inklusionsrates werden diese Probleme an mich herangetragen.

Dabei ist von besonderer Bedeutung die steuerliche Behandlung, die Frage etwas nutzen zu können, und die Frage, ob ich als Mensch mit Behinderungen in Arbeit bin oder eben nicht. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Forderung, dass Ehrenamt nicht umsonst ist. Es müssen die tatsächlichen Aufwendungen erstattet werden.

Ich würde mich insbesondere für alle aktiven Menschen sehr freuen, wenn unser Anliegen einer Gleichstellung für kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragten durch eine Aufnahme in das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz endlich berücksichtigt würde. Wir haben lange genug gewartet. Nach 25 Jahren ist es jetzt Zeit, dass die Gleichstellung endlich wirksam wird.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Vielen Dank, Frau Nölting. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Ihre schriftliche Stellungnahme, die Sie uns haben zukommen lassen, und in Ihr mündlicher Vortrag haben offensichtlich keine Fragen offen gelassen.

DLRG-Jugend Niedersachsen e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 60

Teilnahme per Videokonferenztechnik

- Philipp Di Leo

- Moritz Rüter

Philipp Di Leo: Wir haben geplant, erst einmal etwas zur DLRG-Jugend zu sagen und einen kurzen Abriss zu geben. Danach werden wir beide uns vorstellen. Anhand der verschiedenen Biografien wird deutlich, auf welchen unterschiedlichen Wegen Menschen zur Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft kommen. Anschließend wollen wir die Herausforderungen, vor denen wir stehen, darstellen. Danach haben wir noch Zeit für Fragen.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft hat in Niedersachsen rund 90 000 Mitglieder. Davon sind rund 56 000 Jugendliche von 0 bis 27 Jahren.

Die DLRG steht vorrangig für Schwimmausbildung, Wasserrettungsdienst, Rettungssport, Katastrophenschutz und Sanitätsdienst. All das macht die DLRG-Jugend nicht. Wir machen originale Jugendarbeit. Das unterscheidet uns von anderen Jugendverbänden, z. B. der Feuerwehrjugend. Bei uns sind diese Sachen nicht förderfähig. Deswegen haben Verbandsthemen bei uns keinen Platz.

Wir machen nur Jugendarbeit, und das in 280 Ortsgruppen. Die sind auf der nächsten Ebene in 18 Bezirke geclustert. Darüber steht der Landesverband bzw. die Landesjugend. Allein die Landesjugend hat ein Jahresbudget von 750 000 Euro. Wir haben fünf hauptamtliche Kräfte, davon drei Bildungsreferentinnen bzw. -referenten. Wir führen jährlich 22 bis 25 verschiedene Veranstaltungen durch. Dazu kommen beratende Tätigkeiten und Gremientagungen für unsere untergeordneten Ebenen.

Ich bin 29 Jahre alt. Aktuell bin ich im Landesjugendvorstand. Ich war 27 Jahre alt, als ich gewählt worden bin; damals war ich noch Jugendlicher. Ich komme aus Wolfsburg. Nach dem Abitur wollte ich Medizin studieren. Heute arbeite ich in der Stadtverwaltung von Wolfsburg.

Man hat mir gesagt, für ein Medizinstudium wäre es gut, eine Sanitätsausbildung gemacht zu haben, um sich besser orientieren zu können. Daraufhin habe ich mich umgeschaut.

Bei mir am Gymnasium gab es eine Schulsanitäts-AG, die von meiner Heimatsortsgruppe in Wolfsburg betrieben wurde, der ich dann beigetreten bin. Dort habe ich relativ schnell Jugendarbeit und dann eine Jugendgruppenleitercard gemacht. Das ist mit 17, 18 Jahren ein sehr wichtiges Handwerkszeug, um vor Gruppen zu sprechen und sie anzuleiten.

Ich war im Kinderzeltlager dabei und habe mit 21 Jahren mein erstes Kinderzeltlager eigenverantwortlich betreut. Sie müssen sich das so vorstellen: 25 Kinder werden sieben Tage lang von fünf Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen betreut. Dafür braucht es eine Menge Vorarbeit und sehr selbstbewusste Menschen - das gehört zu unseren Zielen in der Jugendarbeit -, egal, ob es Trainerinnen und Trainer, Jugendleiterinnen und Jugendleiter oder Vorstandsmitglieder sind.

Bei uns kommt es darauf an, dass wir uns in einem vopolitischen Raum bewegen und dort die Möglichkeit haben zu wachsen, auch als junge Demokratinnen und Demokraten. Wir lernen, vor Menschen zu sprechen und in Gremientagungen für Punkte einzustehen, die wir brauchen.

Das passive und aktive Wahlrecht ist bei uns ein ganz selbstverständliches Thema, weil wir auf jeder Ebene Jugendvorstände haben. Das ist auch mein Weg gewesen. Ich war erst Vorsitzender in der Ortsgruppenjugend, dann in der Bezirksjugend, und jetzt bin ich im Landesjugendvorstand. Damit stärken wir die Kinder und Jugendlichen, die bei uns sind. Wir übertragen ihnen Verantwortung, geben ihnen Handwerkszeug an die Hand, schaffen Demokratinnen und Demokraten und ermöglichen Freiräume, um sich zu entwickeln, beispielsweise als Seminarleiter, als Jugendleiter in Zeltlagern oder als Trainer am Beckenrand. Auch unsere Teilnehmenden profitieren enorm davon, weil wir soziale und finanzielle Grenzen überschreiten.

Unabhängig davon, wie viele Freunde ein Kind hat, ist es auf einem Kinderzeltlager herzlich willkommen. Es lernt dort Gleichaltrige kennen. Es lernt, sich in Kontrast zu sich und der Gruppe zu setzen. Der finanzielle Hintergrund spielt keine Rolle, weil wir unsere Veranstaltungen stark subventionieren; sie sind gefördert. Auch mit einem

schmalen Euro kann man dabei sein. Dadurch schaffen wir selbstbestimmte und selbstbewusste Mitglieder unserer Gesellschaft. Das ist bei uns im Verband ein Prinzip des Förderns und des Forderns.

Wie eine andere Biografie aus der DLRG-Jugend aussehen kann, wird Ihnen jetzt Moritz Rüter erzählen.

Moritz Rüter: Ich bin 22 Jahre alt, komme aus Hannover und bin Notfallsanitäter. Meine Zeit bei der DLRG hat als Schwimmkind begonnen. Ich habe mal Leistungssport im Laufen gemacht. Zu viel Leistungsdruck in der Schule und im Sport hat mich dann dazu gebracht, in eine Gemeinschaft, in eine Gesellschaft zu kommen. Dadurch bin ich zum Schwimmen in der Gemeinschaft und zur DLRG gekommen.

Ich bin Bezirksjugendvorsitzender. Wir führen in Hannover 16 Veranstaltungen im Jahr durch. Wir haben zwei hauptamtliche Kräfte. Auch bei uns gibt es noch Untergliederungen.

Ich möchte jetzt auf drei Herausforderungen eingehen, die mir in meinem Leben begegneten.

Ich bin in Vollzeit tätig. Dazu kommt noch das gesellschaftliche Engagement. Ich bin Mitglied im Jugendhilfeausschuss und habe mindestens eine Jugendhilfeausschusssitzung im Monat. Da sie zwischen 15 und 17 Uhr stattfindet, ist die Teilnahme für Berufstätige sehr schwierig. Ich glaube, ich muss Ihnen nicht sagen, dass für eine Jugendhilfeausschusssitzung auch Vorbereitungen und Vortreffen erforderlich sind.

Der erste Lösungsvorschlag für die Kommission ist zu überlegen, ob man auch Menschen aus Jugendverbänden für Gremiensitzungen freistellen kann, um dadurch Kapazitäten zu schaffen.

Der zweite Punkt ist die vermehrte Bürokratisierung. Wenn wir in Hannover eine Veranstaltung durchführen, müssen wir an bis zu drei Stellen Seminaranträge einreichen. Ungefähr 25 Blätter müssen ausgefüllt und dann unterschrieben werden. Wir in Hannover haben dafür eine hauptamtliche Unterstützung; das ist total gut. Für Ehrenamtliche wäre das ein großer Aufwand.

Man sollte darüber nachdenken, digitale Medien zu nutzen, um Förderanträge einfacher stellen zu können und niedrigschwelligere Förderungen für Veranstaltungen zu bekommen, wie Philipp Di Leo das eben schon ausgeführt hat.

Der dritte Punkt, den ich an dieser Stelle nennen möchte, ist, dass die Nachwuchsarbeit nicht das Problem ist, zumindest nicht bei uns im Verband. Wir haben den Vorteil, dass wir die Kinder im Schwimmbad treffen. Jedes Kind möchte und soll auch schwimmen lernen. Dadurch haben wir relativ viel Zugang zu Kindern. Aber wir merken zunehmend, dass der schulische Stress zunimmt. Schulischer Stress bedeutet auch: Ich kann heute nicht zum Training kommen. Ich muss mich auf eine Klausur morgen vorbereiten. Ich kann nicht mit auf Veranstaltungen kommen. Ich habe nächste Woche eine Prüfung.

Es geht darum, durch weniger Stress und auch Vereinfachungen in der Schule Zeit für die Jugendverbandsarbeit zu schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass das auch pädagogisch sinnvoll ist. Es gibt vermehrt Angebote, dass man sich beispielsweise von Arbeitsgemeinschaften in der Schule befreien lassen kann, um Jugendverbandsarbeit zu machen oder an einem Training teilzunehmen.

Ich habe immer neidisch auf diejenigen Schülerinnen und Schüler geschaut, die aus dem Leistungssport kamen, die im Nationalkader Hockey oder Fußball gespielt und dadurch Leistungspunkte für ihr Abitur bekommen haben. Ich würde mich freuen, wenn man das auch bei der Jugendverbandsarbeit machen könnte. Menschen, die sich aktiv für unsere Gesellschaft engagieren, müssten auch in der Schule schmackhafte Angebote gemacht werden.

Noch ein besonderer Hinweis zu der heutigen Zeit. Über Corona möchte ich jetzt nicht sprechen. Darüber haben wir schon genug gehört. Ich möchte aber noch etwas zur Digitalisierung sagen. Wir wollen uns an dieser Stelle bedanken, weil wir unglaublich viel Unterstützung für Technik bekommen haben, sodass wir auch in den Bezirken technisch sehr gut ausgestattet sind.

Jetzt ist die Frage: Wie kann man diese Technik noch mehr nutzen? - Ich glaube, es ist etwas anderes, vor einer Kamera zu sprechen und Jugendarbeit zu machen als in einer Präsenzveranstaltung. Es ist ein anderes Miteinander, wenn ich nur über die Kamera spreche.

Wir müssen uns die Frage stellen: Wie schaffen wir es jetzt, die Inhaberinnen und Inhaber der JuLeica, die wir so wunderbar ausbilden, auf die digitale Jugendarbeit vorzubereiten? - Einige Mitglieder in Bezirken haben zum Teil anderthalb Stun-

den Fahrt zum Training. Durch die Digitalisierung kann man in dieser Hinsicht eine ganze Menge Vereinfachungen schaffen. Die Digitalisierung soll natürlich auch pädagogisch sehr wertvoll stattfinden. Diesbezüglich müsste man sich noch ein bisschen besser aufstellen.

Das soll es schon gewesen sein. Jetzt freuen wir uns noch auf einen gemeinsamen Austausch mit Ihnen und auf Fragen.

Abg. Volker Bajus (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Di Leo und Herr Rüter. - Wir haben von allen das Stichwort „Bürokratisierung“ gehört. Ich bin politisch schon sehr lange dabei. Wir reden schon seit vielen Jahrzehnten über Entbürokratisierung. Aber in Wirklichkeit passiert genau das Gegenteil. Sie haben einen konkreten Vorschlag dazu gemacht, nämlich Bündelung über ein Onlineportal. Vielleicht könnten Sie noch ausführlicher darstellen, wie das gemeint ist und inwiefern das für die Alltagspraxis eine Entlastung wäre.

Abg. Jörn Schepelmann (CDU): Auch von mir herzlichen Dank Ihnen beiden für Ihren Vortrag. - Ich habe eine Frage zu einem Aspekt, der von Ihnen nicht genannt worden ist. Das werde ich vorab als positiv; trotzdem frage ich nach. Sie haben nichts zur Schwimmbadsituation gesagt. Unter „DLRG“ verstehe ich zunächst einmal Schwimmunterricht; das haben Sie auch ausgeführt. Darf ich, weil Sie es nicht erwähnt haben, davon ausgehen, dass Sie keinerlei Schwierigkeiten haben, in kommunalen und privaten Bädern Unterricht zu machen? Sind die Anlagen in dem Zustand, den Sie erwarten, oder haben Sie dieses Thema deswegen nicht angesprochen, weil die Situation so schlimm ist?

Dr. Florian Hartleb: Vielen Dank für den spannenden Vortrag, den Sie gemeinsam gehalten haben. - Ich möchte das, was Herr Bajus angesprochen hat, nämlich die Digitalisierung, noch ein bisschen konkretisieren. Sie haben gesagt, dass Sie ein Portal für die einfachere Abwicklung von Förderprogrammen entwickeln wollen. Wie weit sind Sie damit, und geht das dann in Richtung Bürokratieabbau?

Moritz Rüter: Ich beginne mit der zweiten Frage, die sich relativ kurz beantworten lässt, nämlich ob wir Probleme mit Schwimmbädern haben. Ja, das haben wir. Dieses Thema hätte in der Tat den Rahmen gesprengt. Wir wollten in erster Linie aufzeigen, was Jugendarbeit in der DLRG-Jugend bedeutet.

Die Schwimmbadsituation ist vor allem ein Thema des Stammverbands. Wir als Jugend sind indirekt davon betroffen, weil wir dann keinen Zugriff mehr auf Jugendliche haben. Ich wollte Ihnen das an dieser Stelle ersparen. Wenn Sie Fragen dazu haben, können wir Ihnen gerne Informationsmaterial zukommen lassen und auch einen Kontakt herstellen.

Wenn Sie eine Möglichkeit haben, Schwimmkapazitäten aufzubauen, wären wir Ihnen sehr verbunden.

Philipp Di Leo: Ich möchte auf die Frage zu den digitalisierten Anträgen eingehen. Ich stelle mir das wie eine Freundebuch vor, das man in der Kindergarten- oder Schulzeit bekommt. Da werden Fragen gestellt wie: Wohin möchte ich fahren? Wie weit ist die Anfahrt? Wie viele Teilnehmer haben wir? Wie viel Geld brauche ich? - Diese Informationen werden dann automatisch in die Formulare übertragen, die man braucht. Natürlich ist es ein Unterschied, ob ich die Durchführung einer Veranstaltung bei der Stadt oder beim Land beantrage. Man sollte nicht mehr einzelne Anträge ausfüllen müssen, sondern es sollte ein Onlineportal geben, das mir Fragen stellt. Mit den Antworten werden dann die Anträge gefüllt.

Wir haben dafür noch kein konkretes Tool. Aber wir könnten uns sehr gut vorstellen, ein solches Tool gemeinsam zu entwickeln. Dadurch könnten uns auch ohne Hauptamtlichkeit viele Perspektiven geboten werden.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Es geht also nicht darum, dass man ein PDF-Formular herunterlädt, um es dann ausgefüllt hochzuladen, sondern um ein durch Experten erarbeitetes System zur Unterstützung. Das ist sehr spannend. Herr Kwiatkowski, der Mitglied der Enquetekommission ist, hat das letzte Mal vonseiten des Landessportbundes darüber berichtet. Er hat in diese Richtung schon etwas aufgebaut. Ich denke, wir sollten gemeinsam weiter darüber reden.

AG der Evangelischen Jugend in Niedersachsen

Claudia Stelzmann: Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Niedersachsen - aejn - ist ein Zusammenschluss von elf Mitgliedsverbänden. Dazu gehören die in Niedersachsen ansässigen Landeskirchen, Verbände eigener Prägung und auch Freikirchen. Wir haben uns in den

1950er-Jahren zusammengeschlossen, um ein gemeinsames Sprachrohr zu haben und die Stimme von christlich evangelischer Jugend auch im politischen Raum hören zu lassen.

Wir haben es mit verschiedenen Ebenen zu tun. Ich bin oben auf der Metaebene angesiedelt. Wir schauen: Welche Interessen haben die Mitgliedsverbände? Wo sind ihre Probleme? Wo sind ihre Schwierigkeiten? - Wir sammeln das. Wir treffen uns regelmäßig zu Delegiertenversammlungen und schauen, wie wir diese Themen nach außen politisch und öffentlichkeitswirksam platzieren können. Wir schauen aber auch nach innen, was die Verbände brauchen.

Wir führen in regelmäßigen Abständen gemeinsame Kampagnen durch. Die letzte große war die Kampagne „Spuren suchen - Zeichen setzen“ im Jahr 2018 im Rückblick auf 100 Jahre Erster Weltkrieg. Wir haben aber auch geschaut, wo die Herausforderungen liegen, die der Zweite Weltkrieg noch immer in der Gesellschaft hinterlassen hat.

Ich kann einen kleinen Vorausblick geben: Wir schauen uns jetzt das Wahljahr 2021 und nächstes Jahr die Landtagswahlen an.

Meine Vorredner von der DLRG-Jugend haben schon sehr schön erklärt, was an Basisarbeit passiert. Das ist bei uns nicht anders. Insofern spare ich mir jetzt eine Wiederholung.

Noch kurz etwas zu mir: Ich bin in der Evangelischen Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz groß geworden. Meine Schwester hat Konfirmation gehabt. Ich habe gesagt, dass ich das auch machen möchte. Dann bin ich in eine supertolle Gruppe geraten, in der wir gesellschaftspolitisch diskutiert haben und uns engagieren konnten. Wir hatten die Chance, Interessen zu stärken und zu unterstützen, und haben ein wundervolles Gemeinschaftsgefühl und Wirksamkeit in der Jugend erfahren.

Wie habe ich mit den Ehrenamtlichen zu tun? - Das geschieht über die Ehrenamtlichen, die in den Gremien der aejn, in der Delegiertenversammlung sind, aber auch durch direkte Kontakte vor Ort: Was passiert in den einzelnen Mitgliedsverbänden? Wie sieht es dort aus?

Zu den Herausforderungen: Freiwilliges Engagement ist eine wichtige Säule in unserer Gesellschaft. Es ist nicht mehr wegzudenken. Ich finde, gerade das letzte Jahr hat gezeigt, was gesamtgesellschaftlich möglich ist, wenn wir zusammen-

halten und gemeinsam etwas gestalten. Auch Jugendverbände, die in der aejn unterwegs sind, tragen einen sehr großen Teil dazu bei.

Ich fände es interessant zu wissen, wer von den Menschen, die analog und auch digital in dieser Runde sitzen, in der Vergangenheit einmal etwas mit Jugendverbandsarbeit zu tun hatte. Das zeigt auf, wie Prägungen stattfinden. Junge Menschen kommen nicht nur über die persönliche Ebene, also über Familie, Freunde und Kontakte, sondern auch über gesellschaftspolitische Themen und Aktionen vor Ort in die Evangelische Jugend und damit in die Jugendverbandsarbeit.

Wir alle wissen: Die Zahl der Kirchenmitglieder nimmt ab, auch im evangelisch-lutherischen Bereich. Wir schauen immer wieder, wie wir neue Mitglieder für uns gewinnen und junge Menschen dafür begeistern können, in unseren Strukturen mitzumachen. Das ist, wie gesagt, die bunte Mischung: Familie, Freunde, Angebote vor Ort, Aktionen und Vernetzungen mit anderen.

Um konkret auf die Hürden zu sprechen zu kommen: Ein Punkt ist die Zeitverdichtung. Ein Tag von jungen Menschen im Jahr 2021 ist deutlich voller als ein Tag im Jahr 2003, als ich noch Jugendliche war. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren.

Ich finde es wichtig, darauf hinzuweisen, dass junge Menschen in der Lebensphase Jugend in zwei Bereichen unterwegs sind: Das ist zum einen die Qualifizierung, d. h. Schule, Ausbildung, Studium und Beruf. Zum anderen sind eine Selbstreflexion und eine Selbstpositionierung wichtig: Wohin will ich eigentlich? Wer bin ich? Welche Werte und welche Normen zählen für mich? In welcher Gesellschaft möchte ich leben? - Dafür braucht es Zeit. Diese Zeit wird durch volle Tage und enge Zeitfenster in der Schule, in der Ausbildung und im Studium immer knapper. Die Zeit, um Ich zu sein und herauszufinden, was ich will, wird immer weniger.

Dazu haben wir einige Lösungsvorschläge.

Erstens. Obwohl wir da immer sehr vorsichtig sind und uns schwertun, in den Bereich Schule zu schauen, regen wir an, Lehrpläne zu entfrachten und zu modernisieren und auch das Thema Ehrenamt einfließen zu lassen.

Zweitens. Es muss geprüft werden, wie die Zeitpläne verschlankt werden können, um die Verein-

barkeit von Ehrenamt, privatem Leben und Schule zu ermöglichen.

Des Weiteren ist eine Verbesserung der Sonderurlaubsregelung zu Zwecken der Jugendarbeit und des Jugendsports wichtig. Dazu gibt es bereits Regelungen in Niedersachsen. Wir finden sie allerdings noch ausbaufähig, weil das bisher auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt ist, für den man Anträge auf Sonderurlaub stellen kann. Dies könnte flexibler gestaltet werden. Dadurch wäre es auch möglich, nicht nur im Sommer an einer Maßnahme mitzumachen, sondern an vier oder fünf über das ganze Jahr verteilt. Da sollte es einen größeren Flexibilitätsrahmen geben.

Auch zur Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements hat die DLRG-Jugend schon etwas gesagt. Dazu möchte ich gerne noch etwas ergänzen. Wir finden die Idee des Einfließenlassens von Ehrenamt in Ausbildungs- und Studienleistungen sehr charmant. Es werden Kompetenzen erlernt, die, wie wir finden, zum Teil einer Ausbildungs- oder einer Studienleistung entsprechen.

Ein Stichwort, das mich gleich zum nächsten Punkt bringt, ist die Juleica. Dafür gibt es eine 50-stündige Ausbildung im Rahmen einer Schulung. Alle zwei Jahre gibt es eine Ausbildungsauffrischung in Form einer Tagesveranstaltung. Dabei werden Kompetenzen der jungen Menschen geschult und gestärkt. Ergänzend zu den Erfahrungen in der Gremienarbeit werden Inhalte vermittelt, die nach unserem Dafürhalten auf die Ausbildungs- und Studienleistung angerechnet werden könnten.

Bei der Juleica sehen wir die Schwierigkeit, dass es gefühlt eine Konkurrenz zur Ehrenamtskarte gibt. Das finden wir sehr schade. Wir fänden es gut, wenn es eine gleichwertige Anerkennung des Ehrenamts gäbe und nicht unterschieden würde, ob ein Mensch ein Ehrenamt bis 27 Jahre oder ein Ehrenamt ab 27 Jahren ausübt. Das wäre eine Ungleichberechtigung in der Gesellschaft, die wir alle nicht wollen.

Die Corona-Pandemie hat uns letztes Jahr vor große Herausforderungen gestellt. Die Juleica-Grundausbildungen sind fast komplett ausgefallen. Dieses Jahr konnten sie mit einer geringeren Teilnehmerzahl stattfinden. Das heißt, wir müssen schauen, wie es da mit der Qualifizierung unserer Teamenden aussieht.

Der nächste Punkt ist die Mobilität. Niedersachsen ist ein Flächenland. Wir haben Städte als Ballungsgebiete, aber auch ganz viele ländliche Räume. Deshalb ist es oft schwierig, dass Jugendliche zu ihren Ehrenämtern kommen. Die Digitalisierung - d. h. digitale Formate - bringt da natürlich Vorteile. Wir haben in diesem Jahr noch einmal verstärkt gemerkt: Der analoge Austausch und Kontakt sind wichtig. Wir konnten digital gut etwas abfangen. Wir merken aber, dass die analogen Programme vor Ort wichtig und erforderlich sind.

Der vorletzte Punkt sind die Beteiligungsstrukturen. Eine Forderung, die Sie von uns seit Jahren kennen, ist die Beteiligung von jungen Menschen an politischen Entscheidungsprozessen. Wir haben fitte junge Menschen, die sich in Gremienstrukturen auskennen und die in ihren Themengebieten Expertinnen und Experten sind. Wir müssen schauen, wie wir diese Expertise regelmäßig abrufen können. Dafür muss es gute, niedrigschwellige Angebote geben. Ich selbst merke: Es entwickelt sich ein gewisser Sprech in Strukturen und Ebenen. Der ist zum Teil weit von der Realität der Jugendlichen entfernt.

Letzter Punkt: Die Formen des ehrenamtlichen Engagements wandeln sich. Ich bin in einer Zeit groß geworden, als es noch sehr viel Langzeitemagement gab, d. h. vom Anfang der Oberstufenzeit bis zur Mitte des Abiturs und darüber hinaus, auch in Richtung Studium und Ausbildung. Das verändert sich gerade. Engagement gibt es immer öfter bei einzelnen Projekten. Das finden wir gut und wichtig. Wir brauchen aber eine Flexibilität, um diesen Bedarf an Engagement auch erfüllen zu können. Dafür bedarf es zum einen der Unterstützung von Hauptamtlichkeit. Zum anderen ist es wichtig, dass ehrenamtliches Engagement - sei es langfristig über Jahre hinweg oder auch nur kurzfristig in einem Projekt - gleichwertig anerkannt wird. Hierfür muss es eine solide Förderungsstruktur geben.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Vielen Dank, Frau Stelzmann. - Ihr Vortrag war sehr umfangreich und kompakt. Wir erleben, dass sich vieles doppelt, wo die Bedarfe sind bzw. wo es klemmt, um es einmal ein Stück weit negativer auszudrücken.

Sie haben in Ihrem vorletzten Punkt das Thema Mitbestimmung angesprochen. Das ruft mich auf den Plan. Ich denke, da geht Ihnen ein Stück weit auch das aktive und das passive Wahlrecht durch den Kopf. Gibt es dazu konkrete Forderungen seitens Ihres Verbands?

Der letzte Punkt in Ihrem Vortrag war die Projektarbeit. Das erleben auch wir ein Stück weit. In unserem Zwischenbericht zum kommunalen Mandat ist eine Aussage enthalten, die sich damit befasst, insbesondere kommunale Projekte außerhalb von Schul- und Semesterferien durchzuführen, damit nichts überlappt. Stellen Sie fest, dass es eine Saison gibt, in der Projekte gut laufen und in der sich junge Menschen engagieren wollen, und dass es dann aber wieder Zeiten im Jahr gibt, in denen kaum etwas stattfindet? Sehen Sie Möglichkeiten, einer solchen Saison für mehr Kontinuität gegenzusteuern, oder sollte man das akzeptieren und es bei den verschiedenen Korridoren belassen?

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Stelzmann. - Ich habe zwei Fragen. Meine erste Frage hebt auf die Zeitverdichtung ab. Das Thema Anerkennung zieht sich wie ein roter Faden durch unsere bisherigen Anhörungen, in diesem Fall aber nicht im Sinne von Würdigung, sondern im Sinne von Zertifizierung, dass im Rahmen der Ausbildung etwas anerkannt wird. Auch das wäre schon eine Entlastung, was die Zeitverdichtung angeht, weil man dann mehr Zeit für das Ehrenamt hat.

Wir haben ja einen ganz starken Trend zur Ganztagschule. Sehen Sie das als Herausforderung, als Gefahr oder als weitere Bedrohung, oder sehen Sie das auch als eine Chance, indem man Ehrenamt unter dem Dach der Ganztagschulen als Kooperationspartner der Schule noch stärker in die Schule bringt und damit auch ein Stückchen normalisiert?

Die zweite Frage: Juleica versus Ehrenamtskarte macht in der Tat keinen Sinn. Braucht man dann sozusagen eine Ehrenamtskarte „young“, also eher eine Binnendifferenzierung? Welches System sollte welches ablösen? Wie sieht das konkret aus? Sie haben gesagt, das stehe in Konkurrenz zueinander. Wie könnte diese Konkurrenzsituation aufgelöst und in ein gutes Anerkennungssystem überführt werden?

Claudia Stelzmann: Vielen Dank für die Rückfragen. - Zu der Mitbestimmung: Da wir das auch selbst auf der politischen Agenda haben, setzen wir uns für das Wahlrecht ab 16 Jahren ein. Diese Forderung haben wir schon länger im Blick. Ich weiß, dass es da mit konkreten Vorschlägen schwierig ist.

Im kommunalen Bereich funktioniert das Ganze schon super. Sitzungen beispielsweise des Stadt-

jugendrings und des Jugendhilfeausschusses werden auf den Nachmittag gelegt, weil Kommunalpolitik deutlich ehrenamtsgeprägter ist. Auf Landesebene hingegen ist dies deutlich schwieriger umzusetzen. Ein Sitzungsbeginn um 13 Uhr wie heute ist für Menschen in Schule, Studium, Ausbildung und Beruf durchaus machbar. Trotzdem stellt sich die Frage, inwieweit Sitzungsrythmen verschoben werden könnten. Nicht jede Sitzung muss später stattfinden. Anhörungen können durchaus auch in einem Wechselmodell durchgeführt werden.

Ich finde, gerade in der heutigen Zeit müssen Meinungen auch von jungen Menschen eingeholt werden. Wir merken das auch bei uns im Jugendverband. Wir brauchen eine gewisse Zeit, um alle unsere Strukturen zu erreichen, wenn wir uns mit politischen Inhalten auseinandersetzen wollen. Manchmal sind die Zeiträume sehr lang, manchmal aber auch sehr kurz. Eine Entlastung wäre, dass man einmal prüft, wie wir schon im Vorfeld ehrlich und offen miteinander kommunizieren können, ohne dass jeder seine Kommunikationswege verlassen muss. Es gibt schlicht Regeln, an die man sich halten muss, ab wann man mit einer Information nach außen gehen darf.

Zu der Frage nach Langzeitengagement und Kurzzeitengagement: Dies hat primär etwas mit der Veränderung der Lebenssituation von jungen Menschen zu tun. Wir haben den Knick bei der Umstellung im Studium auf Bachelor und Master gemerkt. Dadurch ist viel mehr Flexibilität in die Studienorte gekommen, aber auch eine Verdichtung der Lernstoffe. Junge Menschen bleiben jetzt nicht mehr fünf Jahre oder noch länger an einem Ort, sondern wechseln in kürzeren Abständen. Insofern ist auch der Zeitraum für ihr jeweiliges Engagement kürzer.

Die jungen Menschen haben zum Teil noch immer Bindungen an ihre jeweiligen Heimatgemeinden. Wir erleben sehr oft, dass es dann aufgrund dessen nicht möglich ist, bei allen Sachen dabei zu sein, sondern nur noch projektorientiert.

Wir merken im Hinblick auf Studium, Ausbildung und Schule die Prüfungsphasen. Die jungen Menschen ziehen sich dann zurück und sagen: Ich brauche einen guten Abschluss, um meine Ziele erreichen zu können. - Diese Möglichkeit des Rückzugs geben wir ihnen natürlich; denn wir wollen keine Blockiererinnen und Blockierer, sondern Ermöglicherinnen und Ermöglicher sein. Wir müssen damit umgehen und schauen, wie wir Projekte

und Veranstaltungen so planen, dass sie bestmöglich in die Zeitfenster der jungen Menschen passen, sodass sie langfristig daran teilnehmen können.

In diesem Zusammenhang komme ich auf das Gesetz zum Sonderurlaub zu Zwecken der Jugendarbeit und des Sports zurück. Wenn man lediglich die Chance hat, sich dreimal im Jahr für etwas freustellen zu lassen - dabei kommt es auch immer noch auf die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber an -, kommen junge Menschen in Schwierigkeiten, sich für ihr Ehrenamt freizustellen zu lassen. Das alles ist ein bisschen miteinander verknüpft und vernetzt.

Zu dem Punkt Ganztagschule als Kooperationspartner: Ich tue mich schwer damit zu sagen, dass Schule Konkurrenz ist. Ich finde, das muss ein einheitliches System sein. Darum ist für mich die Frage der Kooperationspartnerschaft sehr wichtig: Sind wir in diesem Bereich auf Augenhöhe? Gibt die Schule vor, nach welchen Regeln das Ganze abläuft, oder arbeiten wir gemeinsam an einer Struktur, wie man das ermöglichen kann? - Ich glaube, das ist der einzig gute und richtige Weg, um da miteinander klarzukommen.

Abschließend noch zu „Ehrenamtskarte versus Ju-leica“: Ich habe gesagt, dass das ein gefühlter Clash ist. Einige Vergünstigungen gibt es nur mit der Ehrenamtskarte. Da stellt sich die Frage, wie man das Ganze aneinander angleichen kann. Ju-leica bedeutet nicht: Ich treffe dreimal in der Woche meine Freunde und quatsche mit ihnen. - Ju-leica bedeutet vielmehr: Ich qualifiziere mich über einen langen Zeitraum hinweg und übernehme Verantwortung, wie es auch die DLRG-Jugend gerade gesagt hat. Ich setze mich ein. Ich bin aktiv dabei - ich finde, das ist ein nicht zu unterschätzender Fakt -, anderen Kindern und jungen Menschen aufzuzeigen: Das ist Gesellschaft. Das ist Demokratie. So können wir alle miteinander leben.

Young Schura

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 59

Anwesend:

- **Ayşenur Erden**
- **Tchadarou Abdoul**

Ayşenur Erden: Vielen Dank für die Einladung. - Wir möchten uns erst einmal vorstellen. Ich bin 26

Jahre alt und, gesetzlich gesehen, noch Jugendliche. Ich habe Soziologie studiert und engagiere mich ehrenamtlich in der Jugendpolitik. Tchadarou und ich sind die Vorsitzenden der Young Schura Niedersachsen.

Tchadarou Abdoul: Ich bin 22 Jahre alt und studiere Biomedizintechnik im Master an der Leibniz Universität. Wie schon gesagt: Auch ich bin Vorsitzender der Young Schura Niedersachsen.

Mein Werdegang im Ehrenamt hat ganz klein in unserer panafricanischen Moscheegemeinde begonnen. Von dort aus hat eines zum anderen geführt, sodass ich jetzt beispielsweise der Sprecher der AG Jugend des WIR-2.0-Plans der Stadt Hannover bin. Außerdem sitze ich in der Expertinnen- und Expertengruppe für Demokratie.

Ayşenur Erden: Wir sind ein landesweites Netzwerk aus muslimischen Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Jugendvereinen, Jugendgruppen und Jugendselfstorganisationen. Wir haben uns vor drei Jahren als Jugendliche und vor allem als jugendliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der muslimischen Jugendarbeit zusammengefunden.

Wir haben unabhängig von den Geburtsländern der Eltern, von den Muttersprachen und von Moscheegemeinden etwas ins Leben gerufen, was es so in Niedersachsen noch nicht gegeben hat, nämlich eine deutsche, junge, selbstbestimmte, muslimische Selbstorganisation, die auch im Sinne eines demokratischen Miteinanders die vielfältigen muslimischen Perspektiven in Niedersachsen sichtbar machen möchte.

Ich engagiere mich seit über zehn Jahren ehrenamtlich in der muslimischen Jugendarbeit. Wir haben uns mit Young Schura eine Plattform geschaffen und haben auch ein Stück unserer Träume verwirklicht - allerdings nur ein Stück, weil wir noch einen langen Weg vor uns haben. Mir ist ehrenamtliches Engagement auch deswegen sehr wichtig, weil wir uns in unserer Jugendarbeit Räume schaffen, in denen wir uns wohlfühlen und uns entfalten können.

Mit der Young Schura haben wir nach und nach immer mehr Brücken gebaut. Wir wurden zunehmend zu einer politischen, sozialen und gesellschaftlichen Stimme. Wir vertreten gemeinsame Interessen unserer Communities.

Unsere Aufgaben umfassen die Förderung der proaktiven Teilhabe junger Musliminnen und Mus-

lime, die Beratung muslimischer Jugendvereine, die Durchführung außerschulischer Bildungsangebote, die Vernetzung verschiedener Jugendorganisationen sowie das Empowerment von muslimischen Jugendlichen.

Wir machen in diesem Jahr ein Projekt in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung, mit dem wir die digitale politische Partizipation von jungen Menschen, jungen Erwachsenen fördern möchten.

Auch wenn dies alles sehr schön klingt, stehen natürlich auch wir vor sehr vielen Herausforderungen und haben wir mit sehr vielen Hürden zu kämpfen. Dazu gebe ich Tchadarou das Wort.

Tchadarou Abdoul: BPoCs und Jugendselfstorganisationen für Migrantinnen und Migranten werden leider noch nicht ausreichend berücksichtigt. Es gibt sehr viele von ihnen, aber sie sind nicht sichtbar. Die Strukturen sind anders als bei etablierten Jugendvereinen. Damit eine gerechte Teilhabe ermöglicht werden kann, ist es notwendig, die Zugänge zu Ressourcen zu erleichtern.

Bereits mehr als 50 % der jungen Menschen in Hannover haben eine Migrationsgeschichte. Die Tendenz ist steigend. Damit wird eine sehr große Gruppe noch nicht ausreichend berücksichtigt. Um dafür etwas zu tun, müssen wir die Strukturen ein bisschen öffnen. Viele von diesen jungen Menschen sind hier geboren. Sie haben ein postmigrantisches Gesellschaftsverständnis und sehen sich nicht als zu Integrierende, sondern als Deutsche, die aber leider noch nicht ausreichend repräsentiert sind.

So ist auch ein Großteil unserer muslimischen Jugendlichen zu verorten. Sie werden trotz ihrer Pluralität leider noch häufig homogen betrachtet, sehen sich Stigmatisierungen ausgesetzt und werden mit Fremdbeschreibung konfrontiert. Es geht darum, diese Jugendlichen in ihrer Pluralität zu stärken und sichtbar zu machen. Wir schaffen Angebote, die auf die Bedürfnisse dieser Jugendlichen eingehen. Die Nachfrage ist so groß, dass wir gar nicht hinterherkommen. Deshalb brauchen wir auch Ihre Unterstützung. Wir haben so viele Ehrenamtliche, dass wir gar nicht alle einbinden können.

Wir stehen gerade mit dem Landesjugendamt in Kontakt, weil wir den Status eines Jugendhilfeträgers erlangen möchten. Das ist schon seit vielen

Jahren nicht mehr geschehen. Insofern kann man das durchaus als historisch bezeichnen.

Die Strukturen sind historisch gewachsen. Deshalb braucht es jetzt schnelle Öffnungsprozesse, mehr Transparenz, erleichterte Zugänge zu den Ressourcen, Startförderungen für neue Verbände und Regelförderungen, wie es z. B. im Bundesland Bayern bereits der Fall ist.

Wir wollen aber nicht nur klagen; denn wir sind selbstbestimmt, wir sind empowert, und wir nehmen die Sache auch die Hand. Aber dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Erden und Herr Abdoul. - Ich habe zwei Fragen, möchte aber vorab eine Bemerkung machen.

Herr Abdoul hat auf die rasante Dynamik der Veränderung unserer Gesellschaft hingewiesen. Wenn 50 % der Jugendlichen in Hannover heute einen migrantischen Hintergrund haben, dann zeigt dies das sehr deutlich.

Wir beschäftigen uns hier sehr ausführlich auch mit dem Thema Diversität. Vielleicht könnten Sie noch etwas dazu sagen, wie wir die Repräsentation in Vereinen besser hinbekommen. Das ist ein Thema, das viele beschäftigt, auch was die Nachwuchsgewinnung angeht. Sie sind nicht zwingend Expertinnen und Experten dafür. Insofern weicht das ein bisschen von dem ab, wofür Sie eigentlich heute hier sind.

Meine erste Frage: Ich denke, das Thema Unabhängigkeit von den Erwachsenen oder alten Strukturen ist für alle Jugendverbände sehr wichtig. Insofern interessiert mich zu erfahren: Wie finanzieren Sie sich überhaupt? Welche Ressourcen stehen Ihnen zur Verfügung? - Ich sage das deutlich auch vor dem Hintergrund einer politischen Debatte mit dem Landesjugendring, in der die Nähe zu den Erwachsenenverbänden problematisiert wurde.

Meine zweite Frage geht in Richtung Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit. Das ist für die politische und die jugendpolitische Arbeit sehr wichtig. Frau Stelzmann hat vorhin auch die Selbstfindung in den Fokus gerückt. Inwiefern erleben Sie die Stigmatisierung als ein großes Hemmnis gerade in diesem Zusammenhang? Welche Beiträge kann die Politik leisten, um genau diese Stigmatisierung aufzulösen? Inwiefern ist die Selbstorganisation ein wichtiger Beitrag gegen Stigmatisierung und Diskriminierung?

Aysenur Erden: Ich beginne mit der Frage nach der Unabhängigkeit und der Finanzierung. Wir sind rein ehrenamtlich tätig. Wir haben keine hauptamtlichen Stellen und bekommen keine Regelförderung. Im Grunde genommen haben wir gar keine Ressourcen, sondern arbeiten nur mit kleinen Projektfinanzierungen. Auch nehmen wir kein Geld von Erwachsenenverbänden oder anderen an. Wir fragen hier und da mal nach Räumlichkeiten zur Nutzung an und stellen kleinere Projektanträge. Wir arbeiten daran, eine Regelförderung und größere Projektfinanzierungen zu bekommen, weil wir, wie gesagt, dem Ganzen nicht mehr hinterherkommen.

Uns ist es unglaublich wichtig, selbst zu bestimmen, wie wir unsere Jugendarbeit machen, wie unsere Räume aussehen sollen und wie und mit welchen Inhalten wir diese Orte gestalten. Das ist uns sehr wichtig.

Tchadarou Abdoul: Ich möchte auf die Frage zur Parität eingehen. Sie haben gefragt, wie man das Ganze generell ein bisschen inklusiver gestalten könnte. Dadurch, dass wir Safer Spaces bieten, empowern wir junge Menschen dazu, sich politisch zu engagieren. Wir selbst leben das auch vor. Das zu unterstützen, wäre ein Weg.

Wichtig ist auch, dass man junge Menschen gezielt in Entscheidungsprozesse einbindet. Bei dem WIR-2.0-Plan der Stadt Hannover geht es nicht darum, über Menschen mit Migrationsgeschichte zu reden, sondern sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen und gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Dabei wurde gezielt auf Parität geachtet.

Auch ist es wichtig, Projekte für Antidiskriminierung weiter zu fördern. Es gab lange Zeit Schwierigkeiten mit dem Programm „Demokratie leben!“. Da hat es Kürzungen gegeben. Viele Institutionen und Initiativen, die sich dadurch finanziert haben, sind dann weggebrochen. Auf Landesebene muss gewährleistet werden, dass sie weiterhin Unterstützung bekommen.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, den die Vorrednerin schon angesprochen hat, nämlich dass man auch die Schulen für Jugendselforganisationen und NGOs generell öffnen könnte und dass man beispielsweise auch mehr politische Bildung in die Schulen bringen kann. Das fehlt im Moment noch sehr stark.

Ayşenur Erden: Dann wurde noch die Frage gestellt, wie wir mit Stigmatisierungen umgehen. Wir machen sehr viel Empowerment-Arbeit. Sie ist superwichtig. BPoCs oder Menschen mit Migrationsgeschichte erleben in allen Systemen unserer Gesellschaft Rassismus. Es gibt kein System in unserer Gesellschaft, das nicht rassistisch ist. Das klingt sehr hart. Deswegen ist es umso wichtiger, geschützte Räume anzubieten. Aus diesem Grund legen wir auch sehr viel Wert darauf, sehr viel Empowerment-Arbeit zu leisten.

Uns ist es wichtig, selbstbestimmt zu entscheiden, politisch zu partizipieren und unsere Meinung sichtbar zu machen. Das ist in der Vergangenheit nicht passiert; denn in vielen Räumen und in vielen politischen Prozessen werden junge Menschen mit Migrationsgeschichte nicht gesehen. Das muss sich dringend ändern. Auch in dieser Enquetekommission muss man ganz klar fragen: Wer wird gesehen und wer nicht?

Fridays For Future

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 61

Anwesend:

- **Jennifer Zauter**
- **Matteo Feind**
- **Kjell Plöger**

Matteo Feind: Wir sind von Fridays for Future Niedersachsen. Ich bin 16 Jahre alt.

Kjell Plöger: Ich bin 18 Jahre alt.

Jennifer Zauter: Ich bin 17 Jahre alt und noch Schülerin, genauso wie die anderen beiden.

Matteo Feind: Wir arbeiten auf der Landesebene von Fridays for Future. Alle Ortsgruppen in Niedersachsen haben Delegierte. Die sind auf der Landesebene aktiv.

Ich fange mit den Förderprogrammen an. Das Programm „4Generation“ ist für uns leider nicht sehr sinnvoll, weil wir kein eingetragener Verein sind. Außerdem steht in den Anforderungen, dass wir von dem Geld keine Demonstrationen finanzieren dürfen. Wir geben unser Geld aber hauptsächlich für Demonstrationen aus. Deswegen wünschen wir uns, dass es Fördermittel gibt, die unbürokratischer abzurufen und mit weniger An-

forderungen verbunden sind, sodass auch wir sie für Umwelt- und soziale Zwecke nutzen können.

Außerdem wünschen wir uns eine bessere Kommunikation mit Behörden. Wir haben schon vor drei Monaten eine Demo angemeldet und noch immer keine Antwort bekommen. Wir sollen sie erst in einem Monat oder noch später erhalten. Wir melden unsere Demos so an, damit wir mehr Zeit für die Planung haben. Deswegen nervt uns sehr, dass die Behörden so lange brauchen. Aus diesem Grund wünschen wir uns eine schnellere und transparente Kommunikation mit ihnen.

Außerdem wünschen wir uns, dass wir für unser Engagement mehr Wertschätzung und Anerkennung bekommen. In manchen Unis in Niedersachsen wird Fridays for Future als Engagement anerkannt, in anderen allerdings nicht. Das sollte an den Unis vereinheitlicht werden.

Jennifer Zauter: Ein weiterer Punkt, der uns zum Teil stark in unserem Aktivismus behindert, sind die Kostenübernahmen bei Reisen. Ich habe, um hierherzukommen, 23 Euro für die Zugfahrt bezahlt. Das können sich nicht alle leisten. Ein 365-Euro-Ticket für Studierende, Schülerinnen und Schüler und Auszubildende wäre ein akzeptabler Anfang. Langfristig sollte das Ziel allerdings darin liegen, den ÖPNV kostenfrei zu machen.

Außerdem könnte man überlegen, ob es auch für Jugendliche eine Kostenübernahme bei Veranstaltungen für politische Zwecke gibt, wenn Kosten nicht von Vereinen oder Parteien übernommen werden. Man könnte beispielsweise beim Landtag einen Antrag stellen, der dann geprüft wird.

Ferner wünschen wir uns mehr Aufklärung über Umwelt- und Klimathemen, um dadurch mehr Akzeptanz oder sogar Wertschätzung in der Bevölkerung zu bekommen. Dafür könnte man beispielsweise einen verpflichtenden Themen- oder Aktionstag in der Schule oder der Uni stattfinden lassen. Einige Fächer eignen sich perfekt dafür, beispielsweise Geschichte, Politik und Erdkunde. Das gibt es schon an einigen Schulen, allerdings noch lange nicht an allen. An Haupt-, Real- und Gesamtschulen gibt es einen Wahlpflichtkurs. Da könnte man sehr gut ein Klimathema einbringen. Dies würde kaum Mehraufwand bzw. mehr Stunden bedeuten.

Unser nächster Punkt ist der Schutz vor Diskriminierung. Gerade in der Klimabewegung gibt es

sehr viele Hatespeech-Angriffe und auch sexuelle Übergriffe. Wir werden beleidigt usw. Es wäre sehr schön, wenn wir mehr Beratungsstellen, auch für jugendliche Betroffene, hätten. Viele trauen sich nicht, zu bestehenden Beratungsstellen zu gehen, weil die Hürden viel zu hoch sind. Auch die Kapazitäten sind deutlich zu gering. Sie müssen ausgebaut werden. Es kann nicht sein, dass man ein halbes Jahr bis ein Dreivierteljahr auf Hilfe warten muss.

Außerdem wünschen wir uns da ein konsequenteres Vorgehen. Wir werden oft nicht nur belächelt, sondern auch beleidigt. Aber es wurde nichts gemacht. Wir haben das angezeigt, und nichts ist passiert. Wir wünschen uns mehr Aufklärung in der Gesellschaft über strukturelle Diskriminierung.

Wir haben eben schon gehört, dass es keine Plätze ohne Rassismus gibt. Das ist aber nicht nur auf Rassismus bezogen, sondern auch auf Geschlecht, Religion und sexuelle Orientierung. Auch hierfür könnte man einen verpflichtenden Thementag durchführen.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, sind konsequentere Rechtsdurchsetzungen bei Übergriffen. Unsere Anzeigen müssen ernst genommen werden. Es ist nicht nur einmal vorgekommen, dass Leute in unsere Infogruppen - wir organisieren uns über WhatsApp- und Telegram-Gruppen - gekommen sind und beispielsweise Kinderpornografie reingestellt haben. Wir haben das dann zur Anzeige gebracht, aber es ist nichts passiert. So kann es nicht weitergehen!

Kjell Plöger: Ich komme nun zu der allgemeinen Jugendförderung. Wir sprechen hier nicht nur als ehrenamtlich aktive Menschen, sondern auch als Jugendliche und Schülerinnen und Schüler mit großem politischen und gesellschaftlichen Engagement.

Der erste Punkt: Wir wollen das Wahlalter auf 14 Jahre und das Alter für das passive Wahlrecht auf 16 Jahre senken. Warum? - Es gibt kaum Punkte, die dagegensprechen. In diesem Zusammenhang kommt immer wieder die Frage: Sind die schon mündig genug, und wissen die denn schon genug?

Die Otto-Brenner-Stiftung hat in einer Studie aufgezeigt, dass es hinsichtlich des politischen Interesses keinen Unterschied zwischen Minderjährigen und jungen Erwachsenen gibt. Außerdem

haben andere Bundesländer wie beispielsweise Brandenburg und Hamburg das Wahlalter schon auf 16 Jahre heruntersetzt. Sie haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir Schülerinnen und Schüler lernen etwas über politische Partizipation im Politikunterricht etc., können dies dann aber nicht anwenden. Es geht um praktische Erfahrung sowie darum, im Politikunterricht eine Einleitung für das Wählen zu bekommen, gewisse Aufklärung zu erhalten, sozusagen an die Hand genommen zu werden, wenn wir das erste Mal wählen.

Wählen heißt, die Zukunft mitzubestimmen. Wir jungen Menschen werden in dieser Zukunft am längsten leben. Insofern wollen wir auch etwas mehr Einflussmöglichkeiten bekommen und unsere eigene Zukunft mitgestalten.

Politik wird für die Wählerinnen und Wähler gemacht. Wenn auch jüngere Menschen wählen können, wird auch mehr Politik für uns gemacht.

Der zweite Punkt: Es gibt bereits Jugendzukunftsräte. Deren Strukturen und Kompetenzen werden aktuell aber nicht von den Jugendlichen selbst bestimmt. Dies sollte künftig bei den Jugendlichen liegen, weil das System immer auch das Ergebnis stark beeinflusst bzw. vorgibt. Wenn die Macht da bei den jungen Menschen liegt, können komplett neue Ideen, Gedanken etc. geschaffen werden. Und es kann effizienter und effektiver gearbeitet werden.

Die Themen der Jugend müssen allgemein sehr viel ernster genommen werden, d. h. Umweltschutz, Klimaschutz, Jugendbeteiligung, Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit etc.

Das letzte Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz zeigt, dass unsere Freiheiten und auch die der kommenden Generationen gleich viel wert sind wie die Freiheiten der schon länger auf diesem Planeten lebenden Generationen. Insofern müssen auch wir einbezogen werden.

Zudem haben wir einen sehr großen Stellenwert in der Gesellschaft. Im Jahr 2019 haben wir über eine Million Menschen bei unseren Demos auf die Straße bekommen. Wir sind ein großer Teil der Gesellschaft. Das heißt, auf uns muss mehr geachtet werden.

Auch in den Bildungsinstitutionen wünschen wir uns etwas mehr Mitbestimmungsrechte, die über Empfehlungen hinausgehen, beispielsweise in

Fachkonferenzen, politischen Diskussionen etc. Unterricht darf nicht nur von Lehrerinnen und Lehrern bzw. Ministerinnen und Ministern bestimmt werden. Wir Schülerinnen und Schüler wissen wohl am besten, wie wir effektiv und effizient arbeiten und lernen können. Zudem ist es auch nur gerecht, wenn wir bei Entscheidungen mitbestimmen können, von denen wir als große Gruppe betroffen sind.

Unsere letzte Forderung ist die direkte Teilhabe an der Landesgesetzgebung. Im Bildungsbereich könnte man sich an dem Projekt für nachhaltige Entwicklung orientieren. Warum? - Wir haben keine traditionelle Lobby oder Ähnliches und können nicht darauf aufbauen. Wir haben keine Kapazitäten und keine entsprechenden Möglichkeiten. Deswegen fordern wir einen äquivalenten Einfluss auf die Gesetzgebung.

Unser Schlusswort: Wir werden oft belächelt. Es wird behauptet, wir seien politikverdrossen oder uns würde das Ganze nicht interessieren. Das stimmt nicht. Eher das Gegenteil ist der Fall. Wir sind nicht politikverdrossen. Deswegen sitzen wir ja hier. Wir haben eher das Gefühl, die Politik ist jugendverdrossen.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Ich gehe davon aus, dass auch Sie von Fridays for Future die Fahrtkosten erstattet bekommen wie alle anderen, die zu einer Anhörung in den Landtag kommen. Im Zweifel sollten wir dafür sorgen, dass das geschieht.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Kein Anzuhörender bekommt die Fahrtkosten ersetzt. Die nicht parlamentarischen Mitglieder der Enquetekommission bekommen die Fahrtkosten erstattet.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Darüber können wir ja noch einmal separat diskutieren.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Wir können das gerne auf unsere Merkliste setzen.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Ich möchte zu zwei Punkten, die Sie zu Recht moniert haben, nachfragen. Welche Kommune hat Ihnen bis heute keine Mitteilung gegeben, dass Sie demonstrieren dürfen? Des Weiteren hätte ich gern die Tagbuchnummer des Polizeireviers, das Ihre Anzeige nicht weiterverfolgt hat.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Erst einmal ganz herzlichen Dank. - Sie haben die Einflussnahme auf die Gesetzgebung des Landtags angespro-

chen. Das ist angekommen. Ich kann die Begründung nachvollziehen. Ich bitte Sie aber, noch ein bisschen zu unterfüttern, wie diese Einflussnahme aussehen soll. Das ist mir noch nicht ganz klar geworden. Soll das über das abgesenkte Wahlalter erfolgen? Sollen jüngere Menschen mit uns auf den Abgeordnetenbänken sitzen, oder soll es ein Kammersystem - wie auch immer - geben? Dazu hätte ich gerne noch ein bisschen Unterfütterung.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Zauter, Herr Feind und Herr Plöger. - Ich möchte gerne eine persönliche Frage stellen, die Sie aber nicht beantworten müssen. Das interessiert mich deswegen, weil das Thema Jugend hier eine große Rolle spielt. Sie sind, wenn ich das sagen darf, die Jüngsten, die wir bisher angehört haben. Das, was Sie angesprochen haben, nämlich sich selbst auch politisch zu erleben, ist ein wichtiges Thema. Das haben wir auch schon von anderen gehört. Sie sind ja offensichtlich nicht erst seit gestern dabei. Sonst würden Sie heute nicht für ganz Niedersachsen und für Fridays for Future sprechen. Wie hat Sie das verändert? Sie treten hier relativ selbstbewusst auf, und das in jungen Jahren. Mich würde interessieren, wie Sie sich dabei wahrnehmen und wie Sie das Ganze verändert hat.

Jetzt noch zwei konkrete Fragen, zunächst zu der Förderung. Bei Fridays for Future - darüber gibt es eine Menge Dokumentationen und Reportagen - gibt es ein ganz hohes Maß an Struktur und Organisation. Sie sind aber kein Verein und deswegen nicht förderfähig. Sie können schlicht keine Unterstützungsmittel bekommen, die Sie sonst bekommen würden. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Obwohl Sie in der Öffentlichkeit als lose Bewegung wahrgenommen werden, finden Sie staatliche Strukturen offensichtlich sehr wichtig. Dass die Polizei nicht konsequent handelt, dass Behörden nicht verlässlich sind und dass Politik nicht wirklich verlässlich ist, zumindest was den Klimaschutz angeht, scheint Sie sehr zu bewegen. Sie finden also schon, dass ein Staat ein Stück weit verlässlich sein muss. Das ist ein wichtiges Anliegen auch für Sie, das Sie sowohl im organisatorischen Alltag als auch im Bereich der politischen Forderungen bewegt. Ist das so?

Matteo Feind: Zu der Frage, welche Kommune das ist. Das sind insgesamt vier Kommunen. Wir haben vier Demos angemeldet, eine vor drei und

die anderen vor anderthalb Monaten. Das wurde jetzt weitergeleitet, weil es mehrere Kommunen betrifft. Die Polizei Hannover hat uns gesagt, sie werde die Anmeldung Ende des Monats an das Innenministerium weiterleiten, weil das über die Grenzen von Kommunen hinweg geht. In den anderthalb bzw. drei Monaten ist bislang nicht sehr viel passiert. Das wird noch dauern. Ich gehe davon aus, dass es erst in zwei Monaten eine endgültige Antwort geben wird.

Wir sind eine Jugendorganisation, aber kein Verein und auch keine NGO. Deswegen können wir leider keine Fördermittel beantragen, auch nicht z. B. über das Programm „4Generation“.

Kjell Plöger: Zu der Landesgesetzgebung: Wir jungen Menschen haben keine Gewerkschaft und keine richtige Lobby oder Ähnliches, über die wir Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen könnten. Wir müssen das in gewisser Weise durch Öffentlichkeit und die Senkung des Wahlalters schaffen. Da gibt es verschiedene Ebenen. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, dass wir gehört werden, dass wir gefragt werden und dass unsere Stimme berücksichtigt wird.

Jennifer Zauter: Sie wollten wissen, in welcher Stadt die Anzeige bezüglich der Kinderpornografie nicht weiterverfolgt worden ist. Das ist 2019 in Hildesheim gewesen. Dazu kann ich leider nicht so viel sagen, weil ich aus Gifhorn komme. Ich werde auf jeden Fall nachhaken und Ihnen weitere Informationen im Nachhinein zukommen lassen.

Jetzt zu Ihrer Frage, wie Fridays for Future uns verändert hat und wieso wir hier so souverän auftreten. Wir kommen aus einer Jugendbewegung. Ich bin schon seit zwei Jahren dabei und stand schon mehrfach in der Öffentlichkeit. Das übt, und irgendwann ist man daran gewöhnt und kann für seine Meinung einstehen. Das ist bei uns dreien und noch bei vielen anderen engagierten Menschen in unserer Bewegung so gewesen.

Abschließend noch zu Ihrer Frage, warum das Staatliche so wichtig ist. Deutschland hat staatliche Strukturen. Wir wünschen uns, dass die Politik beispielsweise das Pariser Klimaabkommen einhält. Das sollte eigentlich klar sein, weil es unterschrieben worden ist. Wir wollen da einen gewissen Druck ausüben.

Die Polizei als Ordnungshüter wacht über uns sozusagen. Natürlich möchte ich mein Recht ein-

fordern. Wenn ich beleidigt werde, dann muss die Polizei das verfolgen. Ich denke, das macht schon Sinn.

Kjell Plöger: Auch ich möchte noch auf die Frage eingehen, wie wir es schaffen, hier zu sitzen und so souverän aufzutreten. Jennifer ist jetzt zwei Jahre dabei. Ich bin erst ein halbes Jahr dabei. Ich bin da recht schnell reingekommen. Man rutscht da irgendwie durch, und auf einmal sitze ich hier.

(Heiterkeit)

Ich hätte mir das vor einem halben Jahr auch noch nicht vorstellen können.

Jens Risse: Zur Richtigstellung: Das Problem, das ihr - ich sage jetzt „ihr“, weil ich aus der Jugendverbandsarbeit komme - bezüglich der Förderfähigkeit habt, hat auch jeder andere Jugendverband, der keine rechtliche Grundlage hat. Das ist leider so. Das trifft nicht nur euch; das trifft ganz viele andere. Wir als Enquetekommission könnten mal schauen, ob es da eventuell Veränderungen geben könnte, weil das alle anderen freien Jugendgruppen und -initiativen genauso betrifft, nicht nur Fridays for Future.

Natürlich hat auch die Jugend eine Stimme. Es gibt unzählige Jugendverbände, die Jugendpolitik betreiben. Es gibt die Jugendorganisationen der Parteien etc. Ich komme aus einem Jugendverband. Ich bin Geschäftsführer des BDKJ. Wir fordern seit 15 Jahren die Senkung des Wahlalters, auf Bundesebene sogar auf 14 Jahre. Da seid ihr im Chor der Gleichsingenden, sage ich jetzt einmal. Ich frage euch: Inwieweit könntet ihr euch auch eine Zusammenarbeit mit etablierten Jugendverbänden oder Jugendorganisationen der Parteien vorstellen?

Abg. Jörn Schepelmann (CDU): Ich habe noch eine Frage zu dem dritten Spiegelstrich unter der Überschrift „Jugendförderung“ in Ihrer schriftlichen Stellungnahme. Da schreiben Sie von Jugendzukunftsräten mit eigenen Strukturen und Kompetenzen. Ich hätte gerne gewusst, wie Sie sich das konkret vorstellen. Was meinen Sie mit einer eigenen Kompetenz? Soll ein solcher Rat den Gemeinde- oder den Stadtrat vor Ort ersetzen oder ergänzen? Wie muss ich mir das vorstellen?

Jennifer Zauter: Wir können uns durchaus vorstellen, mit anderen zusammenzuarbeiten. Wir haben schon mehrere Bündnisse gebildet und ar-

beiten aktiv mit anderen Organisationen zusammen - mit Parteien nicht, weil wir den Grundsatz der Überparteilichkeit pflegen. Wir sind aber durchaus in der Bündnisarbeit aktiv.

Warum wir nicht zu anderen Organisationen übergehen, hat damit zu tun, dass sie andere Forderungen haben als wir. Deswegen gibt es ja so viele verschiedene Organisationen. Natürlich geht man in eine Richtung, aber der Weg ist unterschiedlich. Deswegen sind wir Fridays for Future und nicht die BUNDjugend.

Matteo Feind: Mit „Jugendzukunftsräten“ meinen wir beispielsweise Jugendparlamente, die es ja schon gibt. Die Regeln für Jugendparlamente werden aber nicht von Jugendlichen gemacht, sondern von Erwachsenen festgelegt. Wir wollen, dass die Jugendzukunftsräte von Jugendlichen initiiert werden.

LAG Offene Kinder- und Jugendarbeit

Teilnahme per Videokonferenztechnik:

Jens Neumann: Ein herzliches Moin aus dem südlichen Landkreis Stade! Ich bin Beisitzer im Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit in Niedersachsen. Wir haben uns im Jahr 2017 gegründet. In den Jahrzehnten zuvor wurde immer wieder darüber gesprochen, vor dem Hintergrund der Vielzahl an Jugendtreffs und Jugendzentren - egal, ob in freier oder öffentlicher Trägerschaft - fehlt es an einem Überbau auf Landesebene als Sprachrohr der Jugendeinrichtungen und der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Nach langen Diskussionen wurden dann im Jahr 2017 endlich Tatsachen geschaffen. Inzwischen haben wir über 50 Mitglieder und dürfen mehr als 100 Jugendeinrichtungen vertreten.

Ich muss feststellen, dass alle Punkte meines Statements, das ich heute hier geben wollte, dankenswerterweise schon von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern genannt worden sind. Ich schließe mich dem an.

Vorab noch etwas zu meiner Person: Ich bin ganz klassisch in der Jugendverbandsarbeit groß geworden. Mein Ehrenamt hat mich letztendlich zu meinem beruflichen Arbeitsfeld als Jugendpfleger geführt. Daran sieht man, welche Auswirkungen ein Ehrenamt auch auf Lebensentwürfe haben kann.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit bietet Raum für Heranwachsende, sich unabhängig von ihren Herkunftsfamilien und außerhalb des schulischen Kontextes zu entfalten. Kinder und Jugendliche können in Jugendeinrichtungen, Jugendfarmen, Jugendzentren und Jugendtreffs ihre Persönlichkeit entwickeln, ihre Fähigkeiten und Stärken herausbilden und bekommen Rückmeldungen von Gleichaltrigen. Das ist die einzige Möglichkeit für Jugendliche, außerhalb von Schule, Ausbildung und Beruf in ihrer Freizeit wahrgenommen zu werden.

Auch wir plädieren dafür, das Wahlalter zu senken. Man sollte bereits ab 16 Jahren wählbar sein, weil man da auch bereit ist, sich einen Ausbildungsplatz zu suchen. Insofern ist man bereit, sich auch anderweitig für Gleichaltrige einzusetzen.

In § 36 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes steht:

„Gemeinden und Samtgemeinden sollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen.“

Leider wird dieser Paragraph, der im Jahr 2010 hinzugefügt worden ist, von den Kommunen kaum gelebt. Das sollte sich ändern. Ein Ansatzpunkt ist, Jugendbeteiligung wirklich leben zu lassen. In einer Kommune müssen auch die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen Strukturen und bei allen Gedankengängen mitgedacht werden.

Ein kleines Wort würde diesen Paragraphen ändern: Gemeinden und Samtgemeinden sollen Kinder und müssen Jugendliche...beteiligen. - Das kleine Wort „müssen“ hat große Auswirkung. Ich muss Ihnen ja nicht erklären, wie Soll-, Kann- und Mussbestimmungen wirken. Eine Mussbestimmung hat da schon mehr Geltung und schafft mehr Druck auf die Kommunen, da auch wirklich hinterher zu sein.

Ich habe erfahren, dass ein Jugendzentrum die Keimzelle ehrenamtlichen Engagements ist. Wenn 15- und 16-Jährige mich beim Kindernachmittag unterstützen, dabei Angebote vorhalten und sich selbst als Jugendleiterinnen und Jugendleiter ausleben können, werden sie von den Acht- und Neunjährigen als Vorbilder wahrgenommen, die schon relativ früh zu mir kommen

und fragen: Wann können wir denn Teamer werden?

Das fängt schon mit kleinen Steps der Beteiligung an, wie als Zwölfjähriger beim Kinderkino beim Verkauf von Süßigkeiten am Tresen mitzuhelfen. Mit 13 und 14 Jahren können sie schon Helfertätigen übernehmen. Mit 15 und 16 Jahren können sie die Jugendleitercard machen. Der Wunsch und das Bedürfnis, sich zu beteiligen, ist schon sehr früh vorhanden.

Mit der Juleica haben wir ursprünglich bei der Zielgruppe der 16-Jährigen angesetzt. Mit 16 Jahren kann man Jugendleiter und Jugendgruppenleiter werden, um sich in seinem Verein, seinem Verband, aber auch in seinem Jugendzentrum zu engagieren. Ich erlebe vor Ort, dass sich jüngere Jugendliche schon sehr viel früher engagieren möchten, wenn sie die Möglichkeit dafür bekommen.

Der Jugendring in Apensen - in diesem Fall nennt sich das Jugendkonferenz - hat auch dank der Fördermittel des Landes ein Projekt umgesetzt, um über Jugendliche herauszubekommen, welche Beteiligungsformate überhaupt gewünscht sind.

Es gibt Jugendparlamente und Jugendbeiräte. Aber sie sind meistens von uns oder von Politikern eingesetzt, nicht von Jugendlichen, die ein Jugendparlament gründen wollen. Meistens sagen Erwachsene: Das ist eine gute Idee. Das probieren wir einmal aus. - Beteiligung zielt auch darauf ab, eigene wirksame Strukturen zu schaffen, die von den Jugendlichen auch wahrgenommen werden. Die Jugendlichen müssen direkt mit eingebunden werden, damit sie sagen können, welche Maßnahmen wirksam sind.

Den Unterschied zwischen der Juleica und der Ehrenamtskarte, den die DLRG-Jugend und die AG der Evangelischen Jugend angesprochen haben, nehme auch ich wahr. Die Juleica wurde zur Qualifikation eingeführt, auch als Wertschätzung und als ein Dankeschön dafür, dass sich Jugendliche engagieren. Damit können sie Vergünstigungen in Anspruch nehmen, doch die werden meistens lokal ausgehandelt. Mit der Ehrenamtskarte erfährt man eher auf Landesebene eine Wertschätzung. Damit können entsprechende Vergünstigungen eingefordert werden. Insofern wünsche ich mir, dass die Juleica mit der Ehrenamtskarte gleichgestellt wird, vielleicht in Form einer Juniorehrenamtskarte.

Jugendliche leisten mit ihrem Ehrenamt einen wichtigen Beitrag. Allerdings ist das Ehrenamt, das Jugendliche leisten, nicht so umfänglich wie das Ehrenamt eines 60-jährigen Vorsitzenden eines Kleingartenvereins, der vielleicht 40 Stunden in der Woche ehrenamtlich arbeitet. Das ist bei Jugendlichen durchaus weniger. Das heißt, Jugendliche mit ihrem Engagement kommen überhaupt nicht an die Voraussetzungen heran, unter denen eine Ehrenamtskarte beantragt werden kann.

Ich finde die Idee der DLRG-Jugend gut, die Fördermittel für Jugendliche greifbarer zu machen. Ich berate unseren Jugendring, unsere Vereine und Verbände vor Ort. Jugendliche haben tolle Ideen für Projekte, die man sich beispielsweise über Fördermittel finanzieren lassen kann. Sie sagen dann zu mir: Mensch, hilf uns doch mal beim Ausfüllen der Fördermittelanträge! Unterstützt uns da bitte!

Da selbst ich als Hauptamtlicher mit meiner elfjährigen Erfahrung an die Grenzen komme, einen Förderantrag auszufüllen, will ich mir gar nicht vorstellen, wie schwierig das erst für Jugendliche sein muss, die ohne hauptamtliche Unterstützung an Fördermittel kommen wollen. Da könnte eine technische Unterstützung beispielsweise in Form einer App oder einer Softwarelösung mit Eingabemasken eine Lösung sein. Eine weitere Lösung könnte auch ein Fördermittelkoordinator auf Landesebene sein, bei dem man anrufen und sagen kann: Wir haben die Idee, dieses und jenes zu machen. Erzähl uns mal bitte, welches Förderprogramm da für uns infrage kommt! Wie können wir das umsetzen?

Im Übrigen sind von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon viele tolle Sachen gesagt worden. Ich kann im Grunde nur versuchen, dort anzuknüpfen, und diese Statements bestätigen und bestärken.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Neumann. - Sie haben uns eindrücklich geschildert, wie der Einstieg junger Leute sein kann, die dann eine erfolgreiche Jugendarbeit machen. Sie haben das mit Ihrer eigenen Biografie aufgezeigt. Mich würde aufgrund Ihrer langen Erfahrungen und Beobachtungen interessieren: Wie haben sich die Lebenswirklichkeit und damit auch die Niedrig- oder Hochschwelligkeit für junge Leute, was Jugendarbeit angeht, in den letzten Jahren verändert? Wie sehen Sie da die Entwicklung?

Jens Neumann: Ich möchte Schule ungern als große Konkurrenz beschreiben. Aber sie nimmt natürlich schon einen größeren Teil der Freizeitmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ein. Wenn sie erst um 15 oder 16 Uhr aus der Schule kommen - im ländlichen Raum ist das noch schwieriger als in der Stadt -, wenn sie im Gymnasium in Buxtehude erst um 15.30 Uhr Schluss haben, dann können sie erst um 16.30 Uhr in ihrem Dorf sein. Insofern fallen, wenn sie sich engagieren wollen, die Nachmittage unter der Woche schon einmal weg. Viele Projekte finden auch in den Ferien statt, z. B. Ferienspaß, Sommerfreizeiten und Wochenendaktionen.

Ich kenne das noch aus meiner Zeit als Jugendgruppenleiter in den 1990er-Jahren, als ich mit 16 Jahren eine zehnköpfige Jungengruppe im Alter von neun bis zwölf Jahren in der Kirchengemeinde unter der Woche von 15 bis 16.30 Uhr geleitet habe. Es wird zusehends schwieriger, Jugendarbeit und Schule noch auf Augenhöhe und gleichberechtigt hinzubekommen, besonders dann, wenn der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung noch dazukommen sollte. Das stelle ich mir schwierig vor. Letztendlich ist Schule sozusagen der Hausherr und bestimmt die Regeln. Dann müssen sich die Jugendverbände schon arg

verbiegen, um da noch irgendwie unterzukommen.

Ehrenamt von Menschen mit Behinderungen

















Unsere Ideen zur Engagementstruktur in Nds:

- Zugang zum Assistenzleistungs-Fond für Ehrenamtliche für mehr Menschen öffnen

- Engagementstrukturen in Freiwilligenagenturen weiterhin fördern, aber **Thema Inklusion** vermehrt anstoßen

(z.B. Modellprojekt „Inklusion“ in 10 FWA in Nds finanziell fördern? Und dabei soll es nicht „nur“ um bauliche Barrierefreiheit gehen!)

- Bei Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Ehrenamt (z.B. Kampagne „Nds im Ehrenamt“) auch Menschen mit Behinderungen sichtbar machen

(Bilder schaffen, Good-Practice-Bsp)

Weitere Infos und Film:

www.lhlh.org/ehrenamt